

Politische Berichte

Nummer 3 / 13. Jahrgang

31. Januar 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

NATO-Strategie und Bundeswehrplanung reagieren auf die geänderte strategische Lage in Europa.

Im November 1991 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO ein neues strategisches Konzept verabschiedet. Es löst das Kriegskonzept der Flexible Response und der Vorneverteidigung ab. Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der sich bereits abzeichnende Zerfall der Sowjetunion machten eine neue Strategie für die NATO erforderlich. Betont wird, daß nach Wegfall des bisherigen Hauptfeindes die NATO es nun mit vielgestaltigen und aus vielen Richtungen kommenden „Sicherheitsrisiken“ zu tun habe. Obwohl immer wieder die NATO als ausschließlich verteidigungsorientiert charakterisiert wird, werden in der Erklärung Konflikte in Osteuropa, auf dem Balkan oder im Nahen Osten, also außerhalb des NATO-Gebiets, zu Krisenherden erklärt, die Handeln seitens der NATO erfordern: Solche Konflikte „können jedoch zu Krisen, die die Stabilität in Europa beeinträchtigen, und sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen, die außenstehende Mächte einbeziehen oder auf NATO-Staaten übergreifen und damit die Sicherheit des Bündnisses unmittelbar berühren könnten.“ (1)

Entsprechend erklärte Stoltenberg im Januar 1992 bei der Vorlage seines Plans zur Reorganisation der Bundeswehr: „Andererseits hat der politische Umbruch in Europa und vor allem die konfliktreiche Entwicklung 1992 alte Problemfelder wiederbelebt und neue Spannungszonen mit erheblichem Krisenpotential entstehen lassen. Der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele kann leider auch in Europa und seinen Nachbargebieten in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, wie uns 1991 der Golfkrieg und der monatelange militärische Konflikt in Jugoslawien gezeigt haben. Dies kann auch die Sicherheit Deutschlands unmittelbar berühren.“ (2)

In der militärischen Planung bedeutet die geänderte Aufgabenbestimmung für die NATO ein Abrücken von der Stationierung marschbereiter Großverbände entlang der europäischen Nord-Süd-Front zugunsten einer gestreuten Dislozierung der Verbände, die sich mehr an Mobilisierungsmöglichkeiten und Verladekapazitäten (Flugplätze etc.) orientiert. Bis auf einen schlagkräftigen, mobilen und sofort einsetzbaren Kern kann die Präsenz der Einheiten verringert werden, sofern die schnelle Mobilisierung von Reservisten gesichert ist. Es

Bundeswehr rüstet für Kommando-Operationen

wird somit in ganz Westeuropa zu einer Verringerung der präsenten Streitkräfte kommen, ohne die strategischen Möglichkeiten der NATO einzuschränken. Die Aufgaben der NATO-Verbände werden künftig nach Reaktions-, Hauptverteidigungs- und Verstärkungskräften (hauptsächlich aus den USA) unterschieden werden. Die Bedeutung der Südflanden im Hinblick auf den Mittelmeerraum und den Nahen Osten wird wachsen.

Die neue Strategie entspricht den Bedürfnissen der BRD, und es ist davon auszugehen, daß die Erstellung des NATO-Konzepts maßgeblich von der BRD bestimmt wurde. Bei den Militärplanungen kann sich das Verteidigungsministerium nun uneingeschränkt auf den Beschuß der NATO berufen.

Die Konzepte, die das Verteidigungsministerium für die Bundeswehr in der neuen strategischen Lage entwickelt hat, sind noch nicht vollständig. Fest steht, daß bis 1994 die präsente Armee auf 370000 Mann reduziert werden wird. In der Kommandostruktur haben sich bereits bedeutende Veränderungen vollzogen, nicht zuletzt deshalb, weil in der ehemaligen DDR die NVA abgewickelt ist und sich die Bundeswehr festgesetzt hat. Als Kernstück der bisherigen Reform gilt die Zusammenfassung von Feldheer und Territorialheer, welchem bisher im wesentlichen Aufgaben hinter den kämpfenden Truppen zugeordnet

waren. Anstelle von zwölf Divisionen und fünf Wehrbereichskommandos wird es nur noch zehn Divisionsstäbe geben. Die Struktur wird also gestrafft, viele Offiziere können so direkt den kämpfenden Einheiten zugeordnet werden. Sieben Brigaden werden komplett ausgerüstet und bemannen den Kern mobiler Einheitsverbände bilden und stehen jederzeit mit Luftlande- und Transportkapazitäten zum sofortigen Einsatz ohne Mobilisierungsphase bereit. Sie könnten als erste im Rahmen der NATO-Reaktionstruppen, der WEU oder der UN zu Einsatz kommen. Die Untergliederung des Heeres in drei Korps wird weiter Bestand haben; allerdings wechselt der Stab des III. Korps von Koblenz nach Osten und wird sich bei der Hauptstadt in Potsdam befinden.

In der Presseerklärung Stoltenbergs zum Bundeswehrplan 93 wird deutlich, daß die geänderten Kriegsoptionen auch auf die Schwerpunkte der Rüstungsbeschaffung ihre Auswirkungen haben. Waffensysteme für den Frontenkrieg zu Land wie schwere Panzer und Artillerie werden in der Priorität zurückgestellt zugunsten von Material, welches höhere Beweglichkeit und schnellere Einsatzdurchführung sichern. Besonders für die Erweiterung der Lufttransportkapazität verlangt das Ministerium mehr Geld (man erinnert sich an die Transportlücken, die bei der Verlegung leichter

Panzer in die Türkei während des Golfkrieges auftraten).

Offen und dringend gefordert ist im Ministerium noch ein praktikables Reservistenkonzept, denn die Kriegsaggressivität der neuen Bundeswehr steht und fällt mit der Möglichkeit, Reservisten rasch mobilisieren zu können. Insgesamt ist die Bundeswehr unabhängig von der politischen Diskussion zu Out-of-Area-Einsätzen bereit und bestrebt, die volle Kampfkraft trotz Reduzierung der Gesamtarmee aufrechtzuerhalten.

Die Beibehaltung des Feldheeres sichert der BRD weiterhin die aggressive Option für feldzugsähnliche und grenzüberschreitende Operationen. Dies ist deshalb ausdrücklich festzustellen, weil es im Osten eine Menge deutscher Interessen zu schützen gibt und weil die NATO und die BRD das Ansinnen der ehemaligen Warschauer-Pakt-Länder, NATO-Mitglied zu werden, ablehnen, d.h. sie nicht zu militärischen Verbündeten machen wollen und ausdrücklich deren territorialen Bestand nicht gewährleisten. Derweil rückt die Bundeswehr hinter der abziehenden Roten Armee Zug um Zug nach Osten vor. So hat die Bundesluftwaffe erst vor wenigen Tagen die Zahl ihrer Tiefflüge auf Ex-DDR-Gebiet verdoppelt.

Quellen: (1) Das neue strategische Konzept des Bündnisses, nach NATO-Brief 8/91; (2) Presseerklärung Stoltenbergs vom 11. 1. — (jok)

„Wolgadeutschland“: Bonner Regierung ist erbost

Weil der russische Präsident Jelzin nach Protesten gegen die großdeutschen Pläne zur Errichtung einer deutschen „Wolgarepublik“ nachgab und verkündete, diese autonomen Gebiete seien nur dort möglich, wo 90 % der Bewohner „deutsch“ seien, ist die Bundesregierung erzürnt. Der Bundestag sperrte die Zahlung der ersten 50 Mio. DM für die „Wolgarepublik“, Waffenschmidt, Beauftragter im Innenministerium, äußerte seine „tiefe Enttäuschung“ und sprach von „sehr starken Irritationen“. Die Bundesregierung drängt nun, daß Jelzin „endlich das längst zugesagte Grundsatzdecrekt erlässt, damit die Rußlanddeutschen ein positives Signal erhalten, das sie zum Bleiben in Rußland bewegen könnte.“ (NZZ, 18.1.) Man will den Einmischungswand in Rußland nicht verlieren. — (rül)

Scharfe Kritik am Gesetz zur organisierten Kriminalität

Vertreter von neun Strafverteidigervereinigungen haben den Gesetzentwurf des Bundesrats zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität kritisiert. Rechtsanwalt Christoph Meertens (Köln) griff an, daß zu der öffentlichen Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Bundestages ganz überwiegend Befürworter geladen wurden und die wenigen Kritiker in viel geringerem Umfang zu Wort gekommen seien. Der Vorsitzende des Vereins baden-württembergischer Strafverteidiger, Michael Schubert, erklärte, das Gesetz sei mit fundamentalen Grundsätzen des Rechtsstaats nicht vereinbar und völlig ineffektiv; eine gestiegene Gefahr von organisierte Kriminalität sei bis heute nicht empirisch belegt. Quelle: Südt. Zeitung, 24. 1. 92 — (evc)

Kolonialpläne für das „befreite“ Baltikum

Eine „internationale Studiengruppe“ hat Ende Januar in Bonn die Pläne des Westens für das „befreite Baltikum“ vorgebracht. Das *Handelsblatt* (27.1.) berichtet: Die drei Staaten sowie die „Enklave Königsberg“ sollen zu einer sogenannten „Hanseregion Baltikum“ zusammengefaßt und mit der EG assoziiert werden. Die (EG-Währung) ECU soll einheitliche Währung sein, „die Währungspolitik der baltischen Staaten soll von einer westlichen Zentralbank strikt kontrolliert werden.“ Der Bau einer „Hanseautobahn nach Hamburg“ und der Ausbau der Häfen sollen die Region an den Westen anschließen, Investoren mit Verlockungen nach dem Vorbild Hongkongs gewonnen werden, das Gebiet Königsberg zur „Europäischen Region“ erklärt und aus der Russischen Republik herausgelöst werden. Die Kolonie Hongkong mit ihren Hungerlöhnen und ihrer kolonialen Unterdrückung als Vorbild des Westens für die „Freiheit“ des Baltikums! — (rül)

Türkei bombardiert Nordwest-Kurdistan

Seit dem 7. Januar hat die türkische Luftwaffe zum dritten Mal Gebiete im türkisch besetzten Nordwest-Kurdistan bombardiert und eine bisher unbekannte Anzahl von Menschen ermordet: im Gebirgsmassiv der Cudi-Berge bei Sirkak, in der Region um Tunceli (Dersim) sowie bei Uludere (Botan) nahe der irakischen Grenze. Die Türkei verstärkt offensichtlich in den Wintermonaten Spezialkrieg und Terror in Kurdistan vor der Bildung der kurdischen Kriegsregierung in dem Gebiet Botan-Behdinan. Die Präsidenten der Liberalen Internationalen, Lambsdorff und Steel (Großbritannien), erklärten dazu, daß die türkischen Militärs „wissenschaftlich und willentlich“ zivile Todesopfer in Kauf nehmen würden und daß diese Politik Tausende von Opfern unter Kurden gefordert habe. Es sei „völlig unakzeptabel, daß ein Nato-Partner mit Nato-Waffen gegen Minderheiten im eigenen Land Krieg führt.“ Die Türkei sei wegen der Mißachtung der Menschenrechte nicht reif für die EG. — (rub)



Stahltarif: Urabstimmung

Die Urabstimmung über einen Tarifstreik in der Stahlindustrie hat begonnen, am 31. 1. wird ausgezählt. Bei einer Kundgebung am 24. 1. in Duisburg räumte IG Metall-Vorsitzender Steinkühler weiteren Gesprächen oder einer Schlichtung keine Chance ein: „Wir lassen uns nicht zum billigen Jakob machen.“ Bild: Stahlarbeiter auf dem Weg zur Kundgebung (Artikel auf Seite 7). — (wof; Bild: M. Sch.)

Bankentarifkonflikt

HBV und DAG bereiten jetzt Urabstimmungen für Streik vor

Nach einem 5 Prozent-Angebot der Kapitalisten für das gesamte Abschlußvolumen wurde die 4. Verhandlung um den neuen Bankentarifvertrag am Nachmittag des 22. Januar von den Gewerkschaften abgebrochen; ein neuer Termin wurde nicht vereinbart.

Seit Beginn des Jahres ist der Gehaltstarifvertrag des privaten Bankgewerbes gekündigt; eine Friedenspflicht existiert nicht mehr. Davon machen „Banker“ seitdem auch Gebrauch: Vor dem 4. Verhandlungstag hatten sich bereits mehr als 10000 Bankangestellte an Aktionen und Warnstreiks beteiligt. Das waren bis dahin schon mehr als 1987, als der Erhalt des dienstfreien Samstags erkämpft worden war.

In fast allen westdeutschen Großstädten fanden Protestveranstaltungen statt: In Hamburg zogen 2000 Bankangestellte nach gemeinsamen Flugblättern von HBV und DAG vor die Zentrale der Commerzbank, deren Vorstand den Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite stellt. In Frankfurt hatte die Gewerk-

schaft HBV in der GZS (Gesellschaft für Zahlungssysteme) mit Erfolg zu einem ganztägigen Streik aufgerufen. Der Arbeitgeberverband behauptete, er halte die Aktion für rechtswidrig, und kündigte eine Klage an. In den anderen Frankfurter Banken fanden ebenfalls kurzfristige Warnstreiks statt.

Ähnliche Aktionen gab es in Stuttgart, München, Nürnberg, Hannover, Braunschweig, Mainz, Düsseldorf, Köln und Berlin, außerdem noch in Orten wie Kassel und Darmstadt, wo derartige Ereignisse noch nicht beobachtet wurden: „Das hat's in der Gewerkschaftsgeschichte Südhessens noch nie gegeben. Darmstädter Bankangestellte ließen gestern ab 7.30 bis 11 Uhr die Arbeit ruhen, um der Forderung ... nach einer Gehaltserhöhung von 10,5 Prozent Nachdruck zu verleihen“, stellt das *Darmstädter Echo* am 22. Januar 1992 unter der Überschrift „Mit Schlipz zum Streik“ erstaunt fest.

In den Kundgebungen wurde nicht nur auf die allgemeine Erhöhung

der Lebenshaltungskosten hingewiesen, sondern auch darauf, daß die Bankangestellten einen Nachholbedarf haben: Ihr Durchschnittsgehalt ist mit brutto 4028 DM im Monat niedrig (zum Vergleich: Stahlindustrie 4371 DM brutto im Monat, Versicherungsgewerbe 4292 DM, jeweils Stand vom Juli 1990). Das Tarifrunde 1991 hat für sie wegen einer Laufzeit von 14 Monaten nicht stattgefunden.

Es wurde auch auf die zweistelligen Zuwachsraten der Teilbetriebsergebnisse der Banken und auf die hohen Vorsatzbezüge verwiesen, die bundesweit an dritter Stelle in der Rangfolge der Managergehälter liegen. Immer wieder wurde auch die erhebliche Arbeitsbelastung in den Banken angeprangert.

Dennoch zeigten sich die Arbeitgebervertreter unbeeindruckt. Sie erhöhten ihr Angebot um 0,5 Prozent und blieben damit noch unter dem ihrer Kumpanen der Stahlindustrie. Der HBV-Hauptvorstand wird jetzt über Urabstimmung in verschiedenen Banken zu beschließen haben. — (mod)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Hermes begrenzt

Auf 5 Milliarden DM hat das Bundeskabinett die Hermes-Bürgschaften für Exportgeschäfte mit den „GUS“-Staaten der Ex-UdSSR begrenzt. Die Bürgschaften gelten nur für die GUS-Staaten, die Ende Oktober 1991 für alle Schulden der UdSSR eine Haftungserklärung unterschrieben hatten. Für Exporte in die Ukraine, nach Georgien, Aserbaidschan und Kirgisien gibt es somit keine Bürgschaften. Aus den GUS-Staaten liegen Aufträge von 70 bis 90 Mrd. DM vor, zumeist bei ostdeutschen Unternehmen. Diese verlieren nun weitere Aufträge. Aber auch die GUS-Staaten werden durch den Wegfall dringend benötigter Ersatzteillieferungen, auf die sie nach der alten RGW-Arbeitsteilung angewiesen waren, weiter unter Druck gesetzt.

Auch SPD für höhere Mehrwertsteuer

Die SPD-Bundesländer sind zunehmend bereit, der von der Bundesregierung geforderten Anhebung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 % ab 1. 1. 1993 zuzustimmen. Die Landesregierungen von Brandenburg und Niedersachsen haben vor der Bundesratssitzung am 14. Februar bereits ihre Zustimmung angekündigt, eine Zustimmung Berlins wird erwartet. Noch Ende 1991 hatte die SPD die Anhebung der Mehrwertsteuer wegen ihrer preistreibenden Wirkung, die vor allem Haushalte mit geringen Einkommen trifft, abgelehnt. Die Interessen dieser Personen sind der SPD nun nicht mehr so wichtig.

Klose: Mehr Nacharbeit möglich

Der SPD-Fraktionschef hat Mitwirkung bei der Ausweitung der Nacharbeit angeboten. In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* (27. 1.), erklärte Klose, Gewerkschaften und Kapitalisten sollten sich auf eine Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten verständigen. Mit Ausnahme der Sonntagsarbeit könne man mit der SPD „über alle solche Möglichkeiten reden, wenn man sie sozialverträglich gestaltet.“ In Brüssel wird eine Verordnung zur Arbeitszeitordnung vorbereitet, die u.a. eine Ausweitung der Nacharbeit vorsieht. Sobald diese vorliegt, will Blüm das Nacharbeitsverbot für Frauen aufheben und ein neues Arbeitszeitgesetz vorlegen. Die Ankündigung von Klose hilft den Kapitalisten, den Widerstand der Gewerkschaften gegen die Arbeitszeit-Zumutungen der Kapitalisten zu isolieren.

Rüstungsexporte bald planmäßiger

Am 23. Januar hat der Bundestag die Gesetzentwürfe zur Kontrolle der Rüstungsexporte verabschiedet. Diese waren nach dem Bekanntwerden illegaler Rüstungsexporte von BRD-Konzernen unvermeidlich geworden. Tatsächlich schränken die Gesetze Rüstungsexporte keineswegs ein. Zwar wird das Zollkriminalamt zu einem weiteren Geheimdienst ausgebaut, kann Telefone abhören und Post kontrollieren. Daß aber die

Rüstungsexporte ausgeweitet werden sollen, dokumentierte der Bundestag noch am gleichen Tag. Er verabschiedete eine Entschließung, die „europäische Regelungen“ für den Rüstungsexport verlangt. Das hatte unlängst auch Daimler-Benz verlangt, um seine Rüstungsexporte auszudehnen.

1,1 Mio. „Entschädigungs“wünsche

Beim neuen „Bundesvermögensamt“ für die Bearbeitung von West-Anträgen auf Rückgabe von angeblich geraubtem Ost-Vermögen liegen 1,1 Millionen Rückgabe- bzw. Entschädigungsfordernungen vor. Leitende Mitarbeiter des Amtes empfehlen eine Novellierung des Vermögensgesetzes, um die Verfahren zu beschleunigen. Die Rückgabe der Vermögen gestaltet sich dornig: Bislang seien je nach Bundesland 1,3 bis 7,6 % der Anträge entschieden, gegen 90 % aller Entscheidungen klage nun die Treuhänder wegen der Kosten. Offenbar entwickelt sich die „Vermögensrückgabe“ zu einer zweiten „Entschädigung“ für Junker und ähnliche aus der Staatskasse.

Reichsautobahngesellschaft

Kaum beachtet von der Öffentlichkeit entsteht mit der Firma „Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH“ (DEGES) eine gefährliche Institution. Sie hat eine Art Generalvollmacht, um den Verkehrswegebau in den neuen Bundesländern (z.T. auch in Westdeutschland) über Bürger und Umweltschutzgesetze hinweg voranzutreiben. Der Tätigkeit von DEGES zugrunde liegen das „Investitionsmaßnahme“ und das „Beschleunigungs-Gesetz“; beides laut BUND ein „Ermächtigungsgesetz gegen Mensch und Natur“. Wenn gesagt wird, die DEGES sei „einzigartig in der Geschichte“ (*Süddeutsche Zeitung*), so zeugt dies von schlechtem Gedächtnis: Im Dritten Reich gab es die „Reichsautobahngesellschaft“, eine Tochter der Reichsbahn. Dies Reichsautobahngesellschaft war mit ähnlichen Vollmachten wie DEGES ausgestattet; ihre Aufgabe dieselbe: Das Vordringen der Reichsautobahnen, vor allem in West-Ost-Richtung. Daß die DEGES als eine Art Außenstelle des Verkehrsministers Krause den Sitz in Ostberlins Krausenstraße hat, mag pfiffig erscheinen. Daß ihr Name, „DEGES“, ausgerechnet an den der „DEGESCH“, der IG Farben-Tochter, die das Zykロン B herstellte, erinnert, ist eine Geschmacklosigkeit, bei der es schwer fällt, an Zufall zu glauben.

Was kommt demnächst?

Vom 2. bis 6. Februar bereist Wirtschaftsminister Möllmann mit mehreren Dutzend Unternehmensvertretern die GUS-Länder auf der Suche nach Absatz, Rohstoffen und sonstigen Geschäften. Am 5. Februar berät der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat über Mehrwertsteuererhöhung und höheres Kindergeld. Am 14. 2. tagt der Bundesrat und soll, so der Zeitplan der Regierung, die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 15 % besiegeln. Am 5. April sind Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Streit um Bundesbank-Reform:
DDR-Annexion mindert Ländermacht

Seit Ende Dezember liegt der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Bundesbank im Bundestag vor. Damit nähert sich der seit Annexion der DDR ausgebrochene Konflikt zwischen Bund und Ländern, bei dem die Bundesregierung eine weitere Stärkung der Zentralmacht und einen — mit der Annexion der DDR verbundenen — Abbau föderaler Grundsätze verfolgt, an einem weiteren wichtigen Punkt einer Entscheidung. Die Positionen der Mehrheit der Bundesländer und der Bundesregierung liegen weit auseinander. Eine Neuordnung der Bundesbank seit zustimmungspflichtig, da Grundsätze des Föderalismus berührt seien, lautet die Position der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und wohl auch der Mehrheit der anderen Bundesländer. Geldpolitik sei Bundessache, lautet dagegen die Position der Bundesregierung, und mithin sei die Neuordnung der Bundesbank auch nicht zustimmungsbedürftig. Dieser Konflikt könnte am Ende zu einer Verfassungsklage führen. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat schon angekündigt, sie werde vor dem Verfassungsgericht klagen, wenn die Bundesregierung ihr Gesetz ohne Zustimmung der Länder in Kraft setzt.

Föderalismus contra
Zentralismus

Tatsächlich enthält das bestehende Bundesbankgesetz noch einige Zugeständnisse an die Länder bzw. an eine föderale Struktur der bürgerlichen Ordnung, die nun weiter geschwächt werden sollen. Nach der Währungsreform hatte lediglich eine „Bank deutscher Länder“ bestanden, als gemeinsame Tochter der selbständig operierenden Landeszentralbanken in den Bundesländern. Mit dem Abschluß der Wiederaufbauperiode des BRD-Imperialismus war diese Struktur dann 1957 erstmals „gestrafft“ worden und eine — im wesentlichen die Macht der großen Monopole und deren Einfluß auf die Geldpolitik stärkende — Zentralisation der Geld- und Währungspolitik in Angriff genommen. Das Gesetz über die Bundesbank von 1957 löste die Landeszentralbanken als selbständige Einheiten auf und verwandelte sie in unselbständige Filialen der neugeschaffenen „Deutschen Bundesbank“.

Dennoch verblieben starke föderale Rechte. So besitzen die Landeszentralbanken regionale „Beiräte“, die auf Vorschlag der Landesregierungen zu stande kommen und in denen Vertreter der regionalen Monopole die Geld- und Währungspolitik beeinflussen. In NRW z.B. sitzen im gegenwärtigen „Beirat“ u.a. ein Vertreter der Rheinischen Hypothekenbank, des Bankhauses Oppenheim und der Otto Wolff-Gruppe — also der reichen Familien im Lande bzw. der ihre Vermögen verwaltenden Banken. Außerdem noch Paul Schnitker vom Handwerksverband als Vertreter der

kleineren Kapitalisten und — als „Beweis“ der „sozialen“ Marktwirtschaft — ein Vertreter des DGB. Die Landesregierung schlägt auch den Präsidenten der Landeszentralbank vor — der dann vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundesrats ernannt wird. Alle Landeszentralbankpräsidenten plus das vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannte Direktorium bilden zusammen den Zentralbankrat der Bundesbank.

Zweck dieser Konstruktion ist, die regionalen Gegensätze unter den Kapitalisten zu dämpfen und bei Entscheidungen der Bundesbank beachten zu können. Zugleich kontrollieren die Kapitalisten auf diesem Wege die Finanzen der jeweiligen Landesregierung und der Kommunen im Land. So sind die Länder durch Bundesbankgesetz verpflichtet, „ihre flüssigen Mittel . . . bei der Deutschen Bundesbank auf Girokonto einzulegen“ (§ 17 Bundesbankgesetz), außerdem sind Bund und Länder verpflichtet, sämtliche Anleihen und Kreditaufnahmen entweder direkt durch die Deutsche Bundesbank zum Kauf anzubieten oder zumindest mit der Bundesbank abzustimmen (§ 20 Bundesbankgesetz).

Der Konflikt

Anlaß des jetzigen Streits ist die im „Einigungervertrag“ mit der DDR vorgeschriebene Überprüfung des Bundesbankgesetzes. Die Ex-DDR hat — mangels Kapitalisten — derzeit überhaupt keine eigenen Landeszentralbanken. Als Annexionsspiel wird sie vielmehr von einer Außenstelle der Bundesbank in Berlin kontrolliert — die von einem mit Kohl und den Chemiemonopolen eng verbundenen Mann geleitet wird, dem früheren rheinland-pfälzischen Finanzminister Gaddum.

Der seit Juli letzten Jahres vorliegende Gesetzentwurf des Bundesrats, also der Länder, sieht nun vor, in den Ost-Ländern ebenso wie im Westen Landeszentralbanken einzurichten. Seine Begründung liest sich über weite Strecken wie ein Hohelied auf die föderalen Rechte:

„Nach dem Gesetzentwurf soll an den föderativen Grundsatz des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank ‚ein Bundesland — eine Landeszentralbank‘ festgehalten werden . . . Bei der Verschmelzung der Bank Deutscher Länder mit den Landeszentralbanken und Gründung der Deutschen Bundesbank stand das föderalistische Ordnungsprinzip im Vordergrund . . . Der Zentralbankrat der Bundesbank soll hiernach entsprechend der Intention des Gesetzgebers das Spiegelbild der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland sein. . . Es besteht keine Notwendigkeit, aus Anlaß der deutschen Einheit von diesem Grundprinzip abzuweichen . . . Eine Außerachtlassung der gebotenen föderalen Gesamtstruktur, die sich für die Länder der ehemaligen DDR nachteilig aus-

wirkt, wäre im Rahmen der Bundesbankneuorganisation nicht vertretbar.“

Genau das hat aber die Bundesregierung vor. Ihr Gesetzentwurf beschreibt die neuen Landeszentralbanken so:

„Die Deutsche Bundesbank unterhält eine Hauptverwaltung mit der Bezeichnung Landeszentralbank für den Bereich:

1. des Landes Baden-Württemberg,
2. des Freistaates Bayern,
3. der Länder Berlin und Brandenburg,
4. der Länder Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt,
5. der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein,
6. der Länder Hessen und Thüringen,
7. des Landes Nordrhein-Westfalen,
8. der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland,
9. des Freistaates Sachsen.“

(Artikel 1 des Gesetzentwurfs). Außerdem sollen die amtierenden Präsidenten der Landeszentralbanken, deren Gebiet erweitert werden, vorläufig weiter im Amt bleiben. Die DDR bleibt damit — mit Ausnahme von Sachsen, wo Biedenkopf regiert — unter West-Verwaltung. Die Beiräte der Landeszentralbanken sollen zwar von 12 auf 14 Personen vergrößert werden, aber der Effekt, daß kleinere Landesregierungen und im Grunde auch kleinere, regional operierende Kapitalisten stärker zurückgedrängt werden zugunsten der zentral operierenden großen Monopole, bleibt. Die DDR bleibt unter Kolonialverwaltung, innerhalb der Bourgeoisie wird die Zentralisation der Macht bei den großen Konzernen forciert, und auch im Westen werden mehrere Länder an den Rand gedrängt — Saarland, Bremen, Schleswig-Holstein.

In ihren Begründungen weist die Bundesregierung föderale Argumente der Länder schroff zurück. So sei die „derzeitige regionale Gliederung der Landeszentralbanken . . . ebenso wie deren Bezeichnung nur historisch bedingt“ — also im Grunde überlebt. Und an anderer Stelle: „Im übrigen lehnt die Bundesregierung die im Gesetzentwurf des Bundesrates erhobene Forderung ab, nach der die spezifischen Erfahrungen, Anregungen und Beiträge der regionalen Wirtschaft und der Landesregierungen über den Zentralbankrat in die geldpolitischen Entscheidungen eingebracht werden sollen. Eine solche Erweiterung der Länderkompetenzen wäre unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank.“

Der Föderalismus als Ordnungsprinzip auch für die Konflikte in der Bourgeoisie wird damit für tot erklärt. Die Zentralmacht — und damit die großen, bundesweiten Konzerne — sollen allein entscheiden, der Rest soll sich fügen.

Quellen: Bundestagsdrucksachen 12/988 vom 25. 7. 1991 und 12/1869 vom 20. 12. 1991; Gesetz über die Deutsche Bundesbank, 26. 7. 1957; Landeszentralbank NRW, Bericht 1990 — (rll)



Alein bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) sind bisher 50 000 Widersprüche gegen die neuen Rentenbescheide im Anschlußgebiet eingegangen. Die Widersprüche richten sich mehrheitlich gegen die geänderten gesetzlichen Grundlagen. Nach diesen wird z.B. ab 1. 1. 92 die Krankenversicherung für Rentner in den neuen Bundesländern eingeführt. Gleichzeitig wird der Kinderzuschlag als Rentenbestandteil gestrichen (er kann stattdessen beim Arbeitsamt beantragt werden), ebenso der Sozialzuschlag. Zusammen führt dies dazu, daß von der 11,65%igen Rentenerhöhung, die im übrigen nur für den Grundrentenbetrag gilt, kaum was übrig bleibt, viele sogar weniger als zuvor erhalten. Dies und die für viele nicht verständlichen vierseitigen Rentenbescheide haben viel Unverständnis und Ärger bei den Rentnern hervorgerufen, teilten BfA und LVA mit.

Wirtschaftsverbände veröffentlichen
bildungspolitisches Grundsatzpapier

Im Januar 1992 haben die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft ein gemeinsam getragenes bildungspolitisches Positionspapier veröffentlicht (1). Der in dem Papier erarbeitete Maßnahmenkatalog richtet sich „an die Verantwortlichen in Politik, Staat und Wirtschaft“ und wird daher sicher nicht folgenlos bleiben.

Ausgangspunkt dieser nicht gerade alltäglichen Aktion ist die Sorge der Wirtschaftsverbände um das Bestehen in der Konkurrenz mit der Öffnung des europäischen Binnenmarktes. Die geforderten Maßnahmen erstrecken sich auf das gesamte Spektrum der Bildungspolitik. Sie erfassen alle Arten von allgemeinbildenden Schulen, das System der beruflichen Ausbildung, die Hochschulen und den gesamten Sektor der Weiterbildung.

Tiefe Sorge bereitet den Verbänden die Tatsache, daß die Zahl der nichtakademischen Auszubildenden 1990 erstmals unter der Zahl der Studenten lag, was zu einem Mangel an ausgebildeten Facharbeiter führt und die Funktion der Universität als Eliteanstalt schwer beeinträchtigt. Es wird dabei klar erkannt,

dass diese Entwicklung eine Reaktion auf das immer stärkere Auseinanderklaffen von Bezahlung und Aufstiegschancen in akademischen bzw. nichtakademischen Berufen darstellt. Gegen diese Entwicklung wird die Parole gesetzt: „Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung“.

Einerseits soll am gegliederten Schulwesen unbedingt festgehalten werden. Ausdrücklich werden integrierende Bildungskonzepte wie z.B. Gesamtschulen angegriffen. Die bisher nur in einigen Bundesländern bestehende Grundschulempfehlung, mit der über Noten geregelt wird, wer in welche weiterführende Schule zu gehen hat, soll als „unverzichtbare“ Maßnahme generell eingeführt werden. Das Motto ist dabei: „Die Eigenständigkeit der Bildungsprofile ist zu schärfen.“ Hierbei geht es vor allem um die Rettung der Hauptschule als „gleichwertige Schulform“, denn in Bundesländern mit der Gesamtschule als Regelschule ist der Anteil der Hauptschüler an einem Jahrgang inzwischen auf unter 20 % gesunken.

Andererseits hat sich gezeigt, daß selbst schärfste Reglementierung nicht die von der Wirtschaft gewünschten

Proportionen von Bildungsabschlüssen erzwingen kann. Deshalb soll durch Erhöhung der Durchlässigkeit der Ruf von Hauptschule, Realschule und beruflicher Ausbildung verbessert werden. Dabei kommt dann zwangsläufig der Leistungsgedanke ins Spiel. Es sollen nämlich an allen Ecken und Enden Möglichkeiten für „besonders qualifizierte“ Personen eröffnet werden, unabhängig vom formalen Abschluß aufzusteigen.

Dabei ist u.a. vorgesehen, daß auch leistungswillige Auszubildende ohne Abitur studieren können, wozu beim Hochschulzugang an die Stelle formalen Anforderungen zunehmend die direkte lokale Auswahl durch die Hochschulen im Verein mit ansässigen Konzernen treten soll. Obwohl das Gesamtkonzept auf Zementierung und Verstärkung der Zergliederung abzielt, soll und wird darstellen. Das kann noch ganz schön eklig werden.

Quelle: (1) „Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung — Strukturmaßnahmen zur Weiterentwicklung des Bildungssystems — Bildungspolitische Position der Spitzenverbände der Wirtschaft“, Januar 1992 — (tob)

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat traditionell ein gewisses Eigenleben in der CDU/CSU-Faktion entwickelt, unterhält eigene Arbeitskreise zu den jeweiligen Fachgebieten, stimmt sich mit der Bayerischen Staatsregierung ab und trifft sich regelmäßig zu Klausurtagungen. Die CSU ist zwar eine bayerische Landespartei, doch die Diskussion um bundespolitische Präsenz ist in den letzten Jahren nie abgerissen und hat nach dem DDR-Anschluß neue Nahrung erhalten. Ein Blick auf die Landkarte zeigt aber auch, daß Nachbarländer wie Österreich und die CSFR für die Expansionsbedürfnisse der bayerischen Wirtschaft greifbar nahe liegen. Die Politik der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bringt diese Interessen besonders zum Ausdruck.

Vom 9. bis 11. Januar 1992 fand nun die XVI. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth statt. Bevor näher auf die verabschiedete 12-Punkte-Erklärung „Klarheit in der Außenpolitik“ eingegangen wird, einige Informationen zu eher innenpolitischen Vorhaben der CSU. Die fortgesetzte Abwicklung der DDR-Gesellschaft wird jetzt auf CSU-Initiative hin in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages betrieben werden. Die CSU ist wohl die treibende Kraft beim Ausbau polizeistaatlicher Verhältnisse in ganz Europa. Der von Bayern initiierte „Gesetzentwurf zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ ist zur alleinigen Grundlage der Beratungen gemacht worden. Beim Asylrecht will die CSU-Landesgruppe auf eine baldige Abstimmung über eine Grundgesetzänderung drängen. Ein Formulierungsvorschlag liege schon vor. Darin heißt es u.a.: „... Asyl genießt nicht, wer aus einem oder über einen Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt oder in einen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht; das Nähre regelt ein Bundesgesetz...“. In der Wirtschaftspolitik sieht die CSU-Landesgruppe einen Schwerpunkt beim Unternehmenssteuerabbau im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit im EG-Binnenmarkt. Weiter soll das Bewußtsein gestärkt werden, daß eine „übermäßige Belastung der Wirtschaft“ zu vermeiden sei. Zum „Schutz ungeborener Kinder“ kündigt die Landesgruppe an, daß sie sich genötigt seien könnte, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen, wenn Tendenzen zur Fristenregelung nicht vermieden werden könnten. In der Wohnungspolitik zeigt sich die CSU zufrieden. Das „wohnungspolitische Konzept 91“ der Bundesregierung entspreche Grundsatzpositionen der CSU.

Diesen Gleichklang der Interessen in der Regierungskoalition läßt die CSU — seit Franz Josef Strauß — in der Außenpolitik nicht aufkommen, zumal der Außenminister von der FDP gestellt wird. Diese Botschaft wurde auf der Klausurtagung mit dem Besuch des US-Verteidigungsministers Cheney und einer 12-Punkte-Erklärung unterstrichen. Die Forderung, die Bundesrepublik und die USA müßten „Partner in Leadership“ werden, ist zwar in der Endfassung dieser Erklärung wieder gestrichen worden, um „Irritationen bei den europäischen Partnern“ zu vermeiden; dennoch enthält sie weiter viel Sprengstoff für außenpolitische Abenteuer und völkerrechtswidrige Taten. So bleibt die CSU bei der Auffassung, daß „Blauhelmeinsätze“ und „friedensschaffende Militäroperationen“ der Bundeswehr schon heute verfassungsrechtlich zulässig seien und lediglich eine klarstellende Änderung des Grundgesetzes in Betracht kommen könne. In der Erklärung heißt es: „Die Beteiligung der Bundeswehr mit Berufs- und Zeitsoldaten sowie Wehrpflichtigen, die zu solchen Einsätzen bereit sind, muß an internationalen Friedensaktionen möglich sein. Durch entsprechende Strukturmaßnahmen muß die Bundeswehr für solche Einsätze vorbereitet werden.“ Die Ausführungen zu Südafrika, zu Jugoslawien und zur Nord-Süd-Politik bekommen mit dieser militärischen Gewalt- und Konfliktbereitschaft eine besondere Note.

In einem Kommentar der *Süddeutschen Zeitung* wird die Stimmungslage eines liberalen Menschen ausgedrückt, der diese Kreuther Tagung miterlebt hat: „... Vielleicht ist es wahr, daß die Partner der Bundesrepublik dem vereinten Deutschland mehr Verantwortung in der internationalen Politik zuweisen wollen. Daß dieser Verantwortung im Kommandoton Rechnung getragen wird, wollen sie mit Sicherheit nicht.“

Die CSU geht, anknüpfend an ihren

CSU fordert neue internationale Position für Deutschland

Schlachtruf aus vielen Wahlkämpfen, davon aus, daß in der historischen Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialismus die Entscheidung für die Freiheit gefallen sei. Da aber die Freiheitsvorstellungen der CSU nicht zum Vorteil aller Menschen sein dürfen, wittern auch die Christsozialen aufziehenden Krach und sehen neuartige Gefahren auf dem Weg zu einer von ihnen diktierten umfassenden Friedensordnung. Diese Erklärung beginnt mit dem „Einsatz für Freiheit und Menschenrechte“. Die CSU schreibt: „Bestimmend für unsere Außenpolitik bleibt das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu den Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Mit diesen Rechten korrespondiert wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Umwelt. ...“ Was macht eine solche Bestimmung für ausbeuterische und imperialistische Verhältnisse so akzeptabel? Die Durchsetzung sozialer Gleichheit aller Menschen als politische Aufgabe auch in der Außenpolitik spielt bei diesem Kreuzzug für „Freiheit und Menschenrechte“ keine Rolle. Die „wirtschaftliche Freiheit“ entpuppt sich beim näheren hinschauen als Freiheit des finanziell Stärkeren, sich auszubreiten, zu vereinnahmen, zu bestimmen. Konkurrenz und nicht Solidarität ist die dominierende Verkehrsform.

Nach diesen grundlegenden Bemerkungen zur internationalen Politik und dem einzufliegenden Weg auf dem Weltmarkt widmet sich die CSU der Europapolitik. Schon heute sind in den Ländern der europäischen Gemeinschaft recht unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Verhältnisse anzutreffen. Mit den Umwälzungen im östlichen Europa hat sich diese Situation noch verschärft. In diesem großen Durcheinander soll die Idee nach der ordnenden Hand aus Großdeutschland wieder attraktiv werden.

Dabei spielt die vorherrschende Sprache eine Rolle. In einer Broschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung „Arbeitsplatz Europa“ wird berichtet, daß rund 20 Millionen Menschen in aller Welt Deutsch lernten. Das Zusammenwachsen der EG-Mitgliedstaaten wirke sich auch auf die 50 Goethe-Institute in Europa aus. Sie erlebten einen Boom. Die „Wirtschaftssprache Deutsch“ würde zum Rennner. Franzosen, Spanier, Italiener und Engländer stellten sich auf den Binnenmarkt ein und verbesserten ihre Sprachkenntnisse. Während in dieser Broschüre der Schwerpunkt noch auf „Sprachen — der Schlüssel zu Europa“ gelegt wird, fordert die CSU in ihrer Erklärung ganz unverblümmt, daß die deutsche Sprache die Arbeitssprache der EG werden müsse.

Die Bundesregierung selber gibt zu, daß zwischen den reichsten und den ärmsten Regionen ein Wohlstandsgefälle von 6:1 herrsche und die Wirtschaftskraft der EG sich auf verhältnismäßig kleine Räume konzentriere, die inselartig im Vierdeck zwischen London, Paris, Mailand und Hamburg lägen. In den Randzonen von Irland über Portugal, Spanien, Südfrankreich, Griechenland und Teilen der ehemaligen DDR leben demgegenüber mehr als ein Viertel der Bevölkerung und verdienten aber nur ein Achtel des Gesamteinkommens. Die CSU macht nun mit ihrer Erklärung deutlich, daß an einer Politisierung dieses Nord-Südgefalles, z.B. bei Wahlen zum europäischen Parlament, kein Interesse besteht. Sich der Gefahr von gleichberechtigten Beziehungen aussetzen? Mit Assoziierungsverträgen sollen die Armenhäuser auf kontrollierten Abstand gehalten werden. Deshalb heißt es in der Erklärung: „... Den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes müssen individuelle mittel- bis langfristige Perspektiven des Beitritts oder andere Formen der Zusammenarbeit offengehalten werden. Die Assoziierungsverträge mit Polen, der CSFR und Ungarn bieten dazu eine richtige Grundlage.“

Der Abschnitt „Die Politik gegenüber unseren Nachbarstaaten“ hat durch die Auseinandersetzung um den Nachbarschaftsvertrag mit der CSFR besondere aktuelle Bedeutung erlangt: „Der in paraphierter Form vorliegende Nachbarschaftsvertrag mit der CSFR beschreibt in einigen wenigen Bereichen neue Grundlagen für eine gedeihliche Zusam-

menarbeit zwischen Deutschland und der CSFR, bringt aber deutsche Anliegen, insbesondere die berechtigten Interessen der Sudetendeutschen nicht oder nur ungenügend zur Geltung. Die CSU erwartet von der Bundesregierung, daß sie vor Unterzeichnung des Vertrags zumindest die Einstellung der Versteigerungen sudetendeutschen Eigentums erweckt, das seinerzeit völkerrechtswidrig eingezogen worden ist.“ Die CSU will eine andere Lesart der Geschichte — Revanchismus — durchsetzen. Un-

rechtsstatbestände im Gefolge der Vertreibung der Sudetendeutschen sollen gemeinsam aufgearbeitet werden. Beabsichtigt ist wohl, die Unterstützung des faschistischen deutschen Reiches durch die Mehrzahl der Sudetendeutschen in Richtung Selbstbestimmungsrecht umzuinterpretieren.

Gegenüber der ehemaligen Sowjetunion will die CSU mit einer Art Arbeitsgemeinschaft der G-7-Staaten und den Mitgliedstaaten der EG unter deutscher Führung operieren. In der Erklä-

rung heißt es: „Die Linderung der wirtschaftlichen Notlage und die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung sind Voraussetzungen für den Erfolg dieses Umbruchs. Unterstützung — nicht nur materieller Art, sondern auch in Form von Beratung — ist das Gebot der Stunde. ...“ Der Frieden in Europa wird aus der Sicht der CSU nicht als friedliche Koexistenz von verschiedenen Staaten zum gegenseitigen Nutzen betrachtet, sondern abhängig gemacht von einer gesellschaftlichen Entwicklung in den jetzt unabhängigen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Wenn diese Entwicklung nicht nach den Vorstellungen der CSU ausfällt, dann wird kein Friede sein.

Quellen: *Bayernkurier*, 18.1.92; *Süddeutsche Zeitung*, 13.1.92, Positionspapier der Kreuther Tagung — (dil)



Frühjahr 1991: Demonstration in Bonn gegen den Golfkrieg. (Foto: af/mz)

Verfassungsreform: Union geht auf Ausbau einer entfesselten Exekutive

Am 16.1. trat die aus 64 Mitgliedern bestehende gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat unter Vorsitz von Scholz (CDU) und Voscherau (SPD) zusammen, die bis zum 31.3.1993 aufgrund des „Eingangsvertrages“ Vorschläge für Änderungen/Ergänzungen des Grundgesetzes vorlegen soll.

Regierungsmitglieder und konservative Presse warnen schon im voraus: Es könnte nicht um „den Erlass einer neuen gesamtdeutschen Verfassung gehen“ (Scholz). FAZ-Autor Zastrow warnt vor den Vorschlägen des „selbsternannten“ Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder, einem Zusammenschluß von Abgeordneten v.a. aus der ehemaligen DDR, Mitgliedern der Grünen, der SPD und westdeutscher Verfassungsrechtler, der schon letztes Jahr einen Verfassungsentwurf vorgelegt hatte (1). Eine Kostprobe: „Der Runde Tisch bestimmt: „Das Gemeinwesen achtet das Alter.“ Das ist nett gemeint, aber kaum justitierbar. Das Kuratorium legt fest: „Alle Kinder haben gleiche Rechte und einen Anspruch auf außerhäusliche Betreuung.“ Wer soll für die Verwirklichung dieses Anspruchs aufkommen? Da es nicht die Familien selbst sein können, womöglich andere Lebensgemeinschaften, die auf Dauer angelegt sind? Das kann nicht sein, denn diese sollen einen Verfassungs-, Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung erhalten, den man, wenn man es will, in einer steuerlichen Benachteiligung erblicken könnte. Um überhaupt schon jedweder Diskriminierung schon im Keine vorzubeugen, haben sich die Schöpfer beider Verfassungsentwürfe (der Runde Tisch der DDR und das Kuratorium, Anm. d. Verf.) entschlossen,

die „Deutschen“ abzuschaffen, zumindest den Begriff. Stattdessen soll in der neuen Verfassung nur mehr von Menschen und Bürgern die Rede sein, und zu

diesen gehören auch die Ausländer, denn kommunales Wahlrecht zuerkannt wird...“ (2)

Klar ist damit, was Konservative und Liberale auf jeden Fall verhindern wollen: Die Hereinnahme von sozialen und ersten einklagbaren Rechten in die Verfassung. Aber selbst von Seiten der SPD und der Grünen ist zwar beabsichtigt, das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnung in die Verfassung hineinzuschreiben, aber eben nicht als individuelle einklagbare Rechte.

Klar ist auch, auf welche wesentlichen Änderungen der Verfassung die Reaktion aus ist:

1. Abschaffung des Asylrechts

CDU und CSU beharren auf der Einführung eines Gesetzesvorhabts zu Art. 16 GG. Während z.B. der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel hier nicht lang fackeln will, um die Abweisung von Asylbewerbern bereits an der Grenze durchzusetzen, setzen andere Teile der CDU/CSU auf eine „europäische Lösung“: Grenzkontrollen seien in einem vereinten Europa nur an den Außengrenzen der EG sinnvoll durchsetzbar. Gleichzeitig wird die gesetzliche Umsetzung des Sechs-Wochen-Modells betrieben — ein erster Schritt in diese Richtung, und es bleibt unklar, wie sich die SPD bei Zustimmung zu diesem Modell letztlich gegen diese „europäische Lösung“ zur Wehr setzen will.

2. Weltweiter Einsatz der Bundeswehr

Während die SPD meint, mit Blauhelm-einsätzen im Rahmen der UNO ließe sich die „weltweite Verantwortung“ der BRD hinreichend dokumentieren, beharren CDU und CSU auf der — verfassungsrechtlich gesehen — Aufhebung des Art. 26 GG, dem Verbot des Angriffskrieges und aller friedengefährdenden Handlungen durch Einbeziehung der Truppe in durch WEU, NATO und UNO sanktionierte militärische Ein-

sätze. Einige CDU-Politiker wollen gar die Option eigenständiger militärischer Operationen der BRD offenhalten.

3. Umweltschutz als Staatsziel

Einigkeit besteht hier zwischen Union und SPD darin, daß Umweltschutz zwar als Staatsziel formuliert werden soll, es aber keine einklagbaren Rechte geben soll. Die CDU will dieses Staatsziel mit einem Gesetzesvorbehalt versehen; die SPD hofft ohne einen solchen Gesetzesvorbehalt auf stärkere Berücksichtigung des Umweltschutzes durch die Rechtsprechung. Verbandsklagen, wie sie die Grünen fordern, lehnen beide ab.

4. Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen

Die Union will auf jeden Fall die schon lange propagierte Privatisierung der Bundesbahn und der Flugsicherung durchsetzen. Inwieweit weitere öffentliche Dienstleistungen wie die Bundespost in diese Diskussion einzbezogen werden, bleibt offen.

5. Neuordnung der Bundesländer

Nicht zuletzt betreibt die Union die weitere staatliche Zentralisierung: Kleine Bundesländer seien nicht „lebensfähig“, z.B. das Saarland. Nur durch Anschluß solcher Länder an größere Bundesländer könne dem finanziellen Ruin dieser Länder entgegengewirkt werden.

Wie SPD und GRÜNE diesen Absichten entgegentreten wollen, ohne z.B. Forderungen nach Recht auf Arbeit, Wohnung und Umweltschutz mit einklagbaren Rechten zu propagieren, ist unklar. So wird ein Recht auf Arbeit wenig nützen, wenn es nicht mit einklagbaren Rechten auf soziale Absicherung, Mindesteinkommen u.a. verbunden wird. Ähnliches gilt für ein Recht auf Wohnung. Umweltschutz als Staatsziel gibt dem Staat das Recht zu entscheiden, was geschützt wird und was nicht.

Quellen: (1) vgl. Politische Berichte 13/1991; (2) FAZ vom 15.1.1992 — (ulb)

Vom 10. bis 14. Oktober 1991 tagte in Santiago de Cuba der IV. Parteitag der KP Kuba ohne ausländische Gäste und ohne ausländische Pressevertreter. Die 1667 anwesenden Delegierten vertraten die in 48 585 Grundeinheiten organisierten 611 627 Mitglieder der KP Kuba. Nach den Präliminarien improvisierte Fidel Castro eine fünf Stunden und fünfzehn Minuten dauernde Rede — kein schriftlich vorliegender Rechenschaftsbericht wurde, wie bei den vorangegangenen Parteitagen, verlesen. Castro schilderte realistisch und detailliert die heutigen Probleme Kubas, die vorrangig auf externe Ursachen (Zusammenbruch des Handels mit den Staaten des ehemaligen RGW) zurückgeführt wurden. Er gab ferner einen Überblick über die Strategie zur Überwindung der aktuellen Krise. Bekräftigt wurde das Festhalten am sozialistischen Kurs und die Bereitschaft, das revolutionäre Kuba mit allen Mitteln bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen.

Die Diskussion über vier Themenkomplexe war vorbereitet durch Beschußentwürfe, die vor dem Parteitag von allen gewählten 1800 Delegierten bereits auf regionaler Ebene diskutiert wurden: Programm der KP Kuba; Statuten der KP Kuba; wirtschaftliche Entwicklung; Weiterentwicklung der *Poder Popular*.

Nach der Rede von Fidel Castro begann die Diskussion über die Statuten. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob gläubige Christen als Mitglieder aufgenommen werden sollen. In der Diskussion zeigte sich, daß in der Partei dazu noch kein vollständiger Konsens herrschte. Einstimmig wurde jedoch beschlossen, daß in Zukunft die religiöse Einstellung kein Hindernis mehr für die Mitgliedschaft in der KP Kuba ist.

Am zweiten Tag wurde über die heutigen Aufgaben der Partei insgesamt und der einzelnen Parteimitglieder diskutiert: Der Umgang mit Kritik und Selbstkritik, die Vorbildfunktion der Kommunisten, über die Bedeutung der Partei und ihre Aufgaben. Vorgelegt wurde der Antrag über die Statuten, wozu es zahl-

Ablauf und Beschlüsse des IV. Parteitages der KP Kuba

von Horst-Eckart Gross, in *Cuba Libre*, Zeitschrift der Deutsch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft

reiche Wortmeldungen gab. Die Diskussion kreiste dann längere Zeit um die zunehmende Kriminalität im Lande und die zu treffenden Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung.

Am dritten Tag wiesen die zahlreichen anwesenden Wissenschaftler auf die große Bedeutung der Wissenschaften für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hin. Diskutiert wurde weiterhin über die Rolle und Funktion der Massenmedien. Mehrfach forderten De-

legierte eine umfassendere Information in den Medien und eine realistischere Darstellung der Probleme des Landes. Beschlossen wurde der Antrag über das Programm. Intensiv wurde dann gestritten über die Verbesserungen des *Poder Popular*. Im Beschußentwurf war vorgesehen, daß in Zukunft die Abgeordneten der Nationalversammlung direkt gewählt werden sollten, die Abgeordneten auf Provinzebene aber weiterhin indirekt gewählt werden sollten. Dagegen

sprachen sich zahlreiche Delegierte aus, was zum Beschuß führte, daß der Nationalversammlung empfohlen wird, die Gesetzgebung dahingehend zu verändern, daß in Zukunft alle Abgeordneten auf allen Ebenen direkt gewählt werden sollen.

Der vierte Tag war der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gewidmet. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung der *Contingentes* für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Diskutiert wurde auch über die freien Bauernmärkte — die allgemein in den Redebenötigungen abgelehnt wurden — sowie über den Schwarzmarkt und die Bedeutung des *Plan alimentario*, mit dem Kuba so weit wie möglich eine Selbstversorgung mit Lebensmitteln erreichen will. Diskutiert wurde auch die positive Bedeutung von privaten Aktivitäten bei der Produktion von Lebensmitteln sowie deren Verkauf und bei Dienstleistungen — diese Aktivitäten sollen gefördert werden. Im Anschluß daran wurden die Mitglieder des ZK gewählt.

Der Wahlmodus unterschied sich grundlegend von dem vorangegangener Parteitags. Monate vor dem Parteitag wurden in allen Grundeinheiten personelle Vorschläge erarbeitet und diese dann dem gesamten Arbeitskollektiv im Bereich der jeweiligen Grundeinheit vorgestellt. Die Arbeiter, Angestellten, Studenten, Soldaten, also vorwiegend Nichtmitglieder der KP Kuba, wurden gefragt nach ihrer Meinung über den jeweiligen Kandidaten. Fand der Kandidat keine Mehrheit — dies gab es nicht nur ausnahmsweise —, dann war der ZK-Aspirant endgültig gescheitert. So wurden in ganz Kuba rund 11 000 ZK-Aspiranten vorgeschlagen. Eine Kommission prüfte diese Vorschläge und wählte

505 aus, die dem Parteitag als Kandidaten vorlagen, über die geheim abgestimmt wurde.

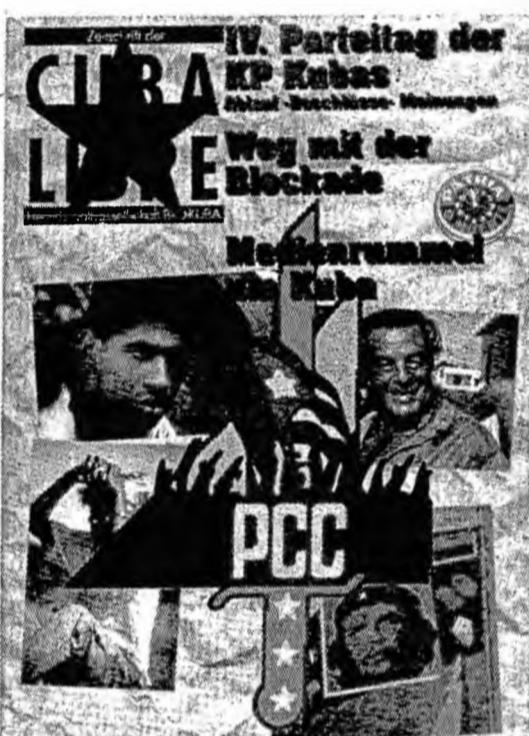
Am fünften Tag wurden die Ergebnisse der Wahlen bekanntgegeben. Jedes zweite Mitglied des 255 Personen umfassenden ZKs wurde neu in dieses Gremium gewählt; 54 % sind neu im ZK. Es fand auch eine deutliche Verjüngung im ZK statt: Betrug das Durchschnittsalter im alten ZK 52 Jahre, so liegt es nun bei 41. Vorgestellt wurde auch das vom ZK gewählte Politbüro, das aus 25 Personen, darunter drei Frauen, besteht; 60 Prozent von ihnen wurden neu in dieses Gremium gewählt. Die Altersstruktur des neuen Politbüros ist folgende: bis 40 Jahre: 2; 41–50 Jahre: 11; 51–60 Jahre: 6; über 60 Jahre: 6.

Als erster Sekretär wurde Fidel Castro bestätigt, sein Stellvertreter ist wie bisher Raul Castro. In der Presse wurde nicht veröffentlicht die Anzahl der Stimmen, mit denen die einzelnen Mitglieder des ZK und des Politbüros gewählt wurden.

Beschlossen wurde ferner eine Resolution über Außenpolitik sowie die Ausstattung des ZK mit außerordentlichen Vollmachten, ohne daß jedoch vollständig spezifiziert wurde, worin diese besonderen Vollmachten bestehen.

Der Parteitag wurde beendet mit einer Abschlußrede Fidel Castros vor 250 000 Menschen. Er gab (vielleicht angesichts des strömenden Regens) einen nur knappen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages, ging auf die mit der *Poder Popular* erreichten demokratischen Strukturen und rief auf zur Verteidigung des Vaterlandes, der Revolution und des Sozialismus.

abgedruckt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von *Cuba Libre*.



Die Zeitschrift *Cuba Libre* erscheint viermal im Jahr. Ein Jahresabo kostet 15.- DM. Bestellungen an: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Tel. 0221 / 13 18 36.

Die veröffentlichten Beschlüsse des IV. Parteitages

Über das Programm der KP Kuba
Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß das vom III. Parteitag beschlossene Programm nicht mehr vollständig den Realitäten entspricht. Festgehalten wird an zentralen Aussagen wie der Notwendigkeit des weiteren Aufbaus des Sozialismus, der Bedeutung der Rectificación als Ausdruck der Eigenständigkeit des kubanischen Weges zum Sozialismus sowie der Gültigkeit des Verteidigungskonzeptes „Krieg des ganzen Volkes“. Zu korrigieren sind Aussagen über die Integration in den RGW sowie ökonomistische und technizistische Argumente. Betont wird die Notwendigkeit des eigenständigen Denkens, die Bekämpfung von allen dogmatischen und liberalistischen Erscheinungen und die Überwindung der negativen Auswirkungen aller Imitationen ausländischer Erfahrungen, die nicht in Übereinstimmung stehen mit den kubanischen Erfahrungen, Traditionen und Denkweisen. Besonders die Sozialwissenschaften sind aufgerufen, dazu ihren Beitrag zu liefern...

Über die Poder Popular
Diverse Faktoren behindern die effiziente Arbeit der Poder Popular. Die Abgeordnetenversammlungen werden häufig durch die Exekutivkomitees dominiert und nicht umgekehrt, wie eigentlich vorgesehen. Weiterhin hat sich viel Formalismus in die Arbeit der Poder Popular eingeschlichen.

Ziel ist es, die Kontrolle der Regierung durch das Volk zu stärken. Gesichert werden muß dazu die strikte Abgrenzung von Regierung und Partei, d.h. der Trennung der politischen und ideologischen Arbeit von Wirtschaft und Verwaltung.

Der wachsende und legitime Anspruch der kubanischen Bevölkerung an aktiver und direkter Beteiligung am Entscheidungsprozeß muß eine Antwort finden unter Berücksichtigung der besonderen aktuellen Rahmenbedingungen.

Daher wurde der Nationalversammlung u.a. vorgeschlagen, a) daß die Abgeordneten der Provinzversammlungen und der Nationalversammlung direkt gewählt werden, b) daß die Dauer der Legislaturperiode analysiert wird, c) daß die Rechte der Nationalversammlung erweitert und die Arbeitskommissionen intensiver genutzt werden, d) daß auf Provinz- und Kreisebene das Verhältnis zwischen Abgeordnetenversammlungen und den Exekutiv- und Verwaltungsorganen genau definiert und die Erweiterung der Rechte der Abgeordneten analysiert wird, e) die Verfassung im Sinne dieser Vorschläge zu überarbeiten.

Über die Statuten der KP Kuba
Beschlossen wurde, daß ähnlich wie das Programm auch die Statuten der Überarbeitung bedürfen. Der Parteitag unterstrich, daß in den Statuten festgehalten werden soll am Weg des Sozialismus hin zum Kommunismus und an der Konzeption der Einheitspartei auf den Grundlagen der Ideen von Marti, Marx und Lenin. Auch in Zukunft soll die Bevölkerung weiterhin Einfluß bei der Aufnahme neuer Mitglieder haben, alle Mitglieder sind zur Verbundenheit mit der Bevölkerung verpflichtet. Unterstrichen wird die Eigenständigkeit der Organe der Poder Popular und anderer Organisationen. In der Partei wird der Meinungspluralismus praktiziert, um eine offene und ehrliche Diskussion zu ermöglichen, nach außen ist jedes Parteimitglied dazu verpflichtet, die Mehrheitsmeinung zu vertreten — was ausdrücklich nicht ausschließt, weiterhin in der Partei die eigene Mei-

nung zu vertreten. Ausdrücklich beschlossen wurde, daß religiöse Meinungen kein Hindernis mehr für die Aufnahme in die Partei sein dürfen...

Mit den Maßnahmen des „programma alimentario“ (Nahrungsmittelprogramm) wird weiterhin die Nahrungsmittelproduktion mit höchster Priorität ausgebaut. Die Zuckerproduktion wird weitergeführt und ebenso ausgebaut wie die Produktion von medizinischen Geräten und Produkten. Insbesondere wird an der Überführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Produktion gearbeitet. Die Exporte sollen sowohl in den traditionellen wie in neuen Bereichen gesteigert werden. Ausländische Investitionen insbesondere aus Lateinamerika werden gefördert.

Allgemein sollen die Produktionskosten gesenkt und die Effektivität gesteigert werden, Materialien und Energieträger eingespart, Rohstoffe zurückgewonnen werden. Unter den Bedingungen des Mangels an Ressourcen werden Zentralisierung und Optimierung als besonders wichtig angesehen.

Die Produkte der privaten Bauern sind nach wie vor von Bedeutung für die Entwicklung des Landes. Die private Tätigkeit im Dienstleistungsbereich ist aufgerufen, Aufgaben zu übernehmen.

Für die Intensivierung der Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Wirtschaft des Landes sowie zur Bewußtseinseinschätzung ist es notwendig, daß sie umfassend über die Fragen in ihrem Betrieb wie über die wirtschaftliche Lage des Landes informiert sind. Festgehalten wird gerade in den heutigen Zeiten des Mangels an der egalitären Verteilung der vorhandenen Waren und möglichen Dienstleistungen

gen, so daß kein Kuberne seinem Schicksal überlassen bleibt. Unter den heutigen Bedingungen sind neue Formen der Organisation und Leitung der Wirtschaft notwendig und müssen erarbeitet werden, wobei zahlreiche Experimente wie die neue Leistungsstruktur der Wirtschaftsbetriebe der Streitkräfte von Bedeutung sind. Notwendig ist die Reorganisation des Außenhandels. Für das Problem der Außenverschuldung müssen Lösungen gesucht werden.

Die Sanierung der Wirtschaft erfordert die Verringerung der Kosten des staatlichen Apparates sowie zukünftigen Abbau des Kaufkraftüberhangs. Nach Überwindung der heutigen Situation wird eine umfassende Revision der Preise notwendig sein. Die Reorganisation der Wirtschaft bedeutet auch die behutsame Reorganisation des Staatsapparates und der Verwaltung.

Angesichts der Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung des Handels mit der UdSSR kann sich die Versorgungslage möglicherweise weiter verschlechtern. Die Herausforderung der heutigen Situation wird angenommen, Kuba ist weder unvorbereitet, noch hilflos und wird sich nicht ergeben.

Über Außenpolitik

Der Parteitag konnte aus naheliegenden Gründen keine umfassende Analyse des Zusammenbruchs der osteuropäischen sozialistischen Staaten leisten, dies muß aber von der revolutionären Bewegung unbedingt geleistet werden, damit sich nicht die rechte Sichtweise dieser bitteren Ereignisse durchsetzt.

Kennzeichnend für die globale Entwicklung ist die Einpoliarität, also die Übermacht der imperialistischen Staaten. Die globale wirtschaftliche Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Kluft zwischen den hochentwickelten Staaten einerseits und den unterentwickelten Staaten andererseits. Mit einer nie vorher dagewesenen Intensität wird die Dritte Welt ausgeplündert mittels einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, d.h. der Verschuldung, des ungleichen Austauschs, des Protektionismus, der wechselnden Zinssätze und der schwankenden Kurse zwischen den

einzelnen Währungen. In den meisten unterentwickelten Ländern dominiert heute das neoliberalistische Wirtschaftsmodell, mit dem die Abhängigkeit ebenso verstärkt wird wie die Verarmung, wodurch soziale Explosionen auftreten können.

In Lateinamerika und der Karibik wurden wichtige Schritte zur Integration der Völker dieser Region getan. Ein wichtiger Schritt war das Treffen der iberoamerikanischen Staatschefs in Guadalajara. Ziel der Integration muß es sein, die Armut der Bevölkerung in einen tatsächlichen Binnenmarkt zu transformieren.

Kuba hält fest am Kampf für die Einheit der Dritten Welt. Die Organisationen und der Zusammenhalt der unterentwickelten Völker muß stärker denn je sein, denn auch nach dem Verschwinden des sozialistischen Blocks gibt es eine imperialistische und neokolonialistische Politik. Daher muß auch die Bewegung der blockfreien Staaten gestärkt werden. Kuba wird wie bisher seine internationalistischen Pflichten erfüllen. Heute sind kubanische Spezialisten in 32 Ländern tätig, darunter über 2000 Ärzte und sonstige medizinische Fachkräfte. Zehntausende von ausländischen Schülern und Studenten werden in Kuba ausgebildet.

Kuba tritt ein für die weitere Demokratisierung der Uno und dafür, daß die wichtigsten Organe, wie der Sicherheitsrat, im Interesse aller Mitglieder tätig werden und nicht mehr willkürlich durch den nordamerikanischen Imperialismus manipuliert werden.

Die kubanischen Kommunisten betonen das Recht aller Staaten auf Souveränität und nationale Unabhängigkeit. Sie wenden sich gegen alle Versuche, auf internationaler Ebene ein politisches und soziales System durchzusetzen. Daher wird das Recht jedes Volkes betont, selbst über die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung zu bestimmen. Gefordert wird die Aufhebung der Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba.

Kuba wird nicht auf die Knie fallen. Auch die Außenpolitik der kubanischen Revolution steht nicht zur Disposition und ist daher auch kein Objekt für Tauschgeschäfte. (leicht gekürzt durch Pol. Ber.)

Spanien: Protest gegen Deindustrialisierung

Nach heftigen, wochenlangen Kämpfen wird seit Montag, 20.1.1992, in verschiedenen Gruben der Bergwerksgesellschaft Hunosa in Asturien (Nordspanien) vorerst wieder gearbeitet. Die autonome Regierung Asturiens hat einen Plan zum Wiederaufbau der Industrie erarbeitet und einen Verhandlungstermin mit der spanischen Zentralregierung vereinbart. Mit Investitionen von 300000 Millionen Peseten (circa 5 Milliarden DM) in Infrastruktur und Gewerbegebiete sollen 1800 neue Arbeitsplätze errichtet werden. Gleichzeitig hält aber die Madrider Regierung — auf Druck der EG — an der Schließung von Hunosa fest, wodurch bis 1993 6000 Arbeitsplätze verloren gehen. Angesichts dieses drohenden Arbeitsplatzabbaus trotzt Investitionen beharren die asturianischen Gewerkschaften auf einer Änderung des Plans Hunosa. Der Konflikt um Hunosa erregt deshalb in Spanien größeres Aufsehen, weil hier beispielhaft in einer neuen Phase des industriellen Niedergangs der erste größere Kampf der Regierung mit den Gewerkschaften und der Opposition ausgefochten wird. Nach Verlautbarungen der Gewerkschaften werden in den nächsten Monaten 35000 Bergarbeiter und Metallarbeiter in Spanien arbeitslos wer-

den. Unter Einbezug der Zulieferer und der sonstigen abhängigen Kleinbetriebe werden sogar 100000 Beschäftigte bedroht sein. Selbst ein Produktionsbereich wie die Automobilindustrie schrumpft. Der Anteil der ausländischen Marken nahm in Spanien von 25,2 Prozent im Jahr 1987 auf 46 Prozent im Jahr 1991 zu; die Neuzulassungen gingen zurück. Angesichts solcher Entwicklungen haben die bei Staatsfirmen beschäftigten Metaller Asturiens für den 6. Februar einen Streik ausgerufen. In den Nachbarregionen Galizien und Kantabrien sind Generalstreiks in den kommenden Monaten geplant. Im Süden der iberischen Halbinsel, in Andalusien, streikten am 17. Januar 70000 Industriearbeiter gegen die wirtschaftliche Verödung. Wie schwierig die Lage der spanischen Arbeiter ist, ersieht man auch daran, daß sich die Zahl der Zeitarbeitsverträge gegenüber der letzten Rezession verdreifacht hat auf derzeit 36 Prozent. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Comisiones Obreras macht den Regierungschef Felipe González für die sozialen Spannungen und die verzweifelte industrielle Lage verantwortlich. González gab am 15. Januar erstmals zu, daß es Probleme der Deindustrialisierung gebe. Er rief zu Ruhe und Frieden in Asturien auf. — (ros)

USA: Schrumpft sich General Motors gesund?

Eine Woche vor den Weihnachtsfeiertagen, am 18. Dezember, gab General Motors (GM), größter Autohersteller der USA, „Gesundschrumpfungspläne“ bekannt: 21 Fabriksschließungen und insgesamt 74000 Beschäftigte werden rausgeschmissen — 20000 aus dem Verwaltungsbereich, 54000 aus der Produktion, etwa 25000 davon im Jahre 1992. Bis 1995 soll das Programm abgeschlossen sein. General Motors hat derzeit 132 Fabriken und etwa 400000 Beschäftigte in den USA, 750000 Beschäftigte weltweit. GMs Anteil am US Automarkt beträgt derzeit 35 %, 1980 lag er bei noch bei 46 %. Mit der Schließung von 21 Fabriken wird die derzeitige Produktionskapazität von 6,5 Millionen Autos und Lastwagen um 1,4 Millionen gesenkt. Verkauft werden zur Zeit etwa 5 Millionen. GM will aber nicht nur schrumpfen durch Fabriksschließungen und sonst alles beim Alten lassen — natürlich nicht. Um die Profite zu halten, wollen sie rationalisieren. Ihre Pläne sehen die „Mithilfe“ der Arbeiter vor. Schon jetzt gibt es organisierten Produktionswettbewerb zwischen einzelnen Fabriken. Bis jetzt hat GM noch

nicht bekannt gemacht, an welchen Orten es welche Fabriken schließen wird. In diesem Prozeß werden die GM-Manager eine lokale Gewerkschaft gegen die andere ausspielen. Zur gleichen Zeit fragen die Analysten von Wall Street, ob die angekündigten Pläne denn auch radikal genug seien. Gleichzeitig klopfen sie den Investoren auf die Schultern. Ihrem Druck auf die GM-Aktien sei es zu verdanken, daß GM endlich zur Axt greift. Sie verlangen aber nicht nur Rationalisierung, sondern Restrukturierung. Von den drei großen US-Autoherstellern hat GM den größten Anteil von Eigenproduktion von Teilen: 70 % (Ford 50 %, Chrysler 30 %). Auslagerung von Teilen der Produktion heißt übersetzt Einrichtung von nicht gewerkschaftlich organisierten „sweat shops“. Die Gewerkschaften werden als „kritisch“ gegenüber GMs Plänen zitiert. Das ist aber auch alles, was man im Augenblick von der Gewerkschaftsführung hört. Die Volksvertreter im Kongreß basteln derzeit an einem Gesetz, das Japan offiziell die Verantwortung für die negative Handelsbilanz mit den USA anhängt. — (her, ger)

Italien: Gegen „Schläge mit der Spitzhacke“

Mit einer Kundgebung in einem großen Kino in Rom hat am 18. Januar das Komitee für die Verteidigung und Wiedergangbringung der Verfassung gegen die Angriffswelle von rechts auf die italienische Nachkriegsverfassung protestiert. In diesem Komitee arbeiten Kräfte oppositioneller Parteien (Demokratische Partei der Linken — PDS, Partei der kommunistischen Neugründung — PdRC, Grüne und Rete, eine linkskatholische Gruppierung) sowie Gewerkschafter, Verfassungsrechtler, Künstler u. a. zusammen. Zuvor hatten PdRC und PDS im Parlament Initiativen zur Anklage des Staatspräsidenten wegen Angriffs auf die Verfassung gestartet.

Gegen die soziale und politische Ordnung, wie sie nach der Niederlage des Faschismus zustandekam, fügen sich heute zahlreiche Regierungsmaßnahmen im Zug der Haushaltspolitik sowie Bestrebungen zur Änderung der Institutionen zusammen. An die Spitze der Kampagne für eine „zweite Republik“ hat sich der Staatspräsident Cossiga selber gestellt. Mit fast täglichen Stellungnahmen greift er seit Monaten Institutionen wie das Parlament oder den Obersten Richterrat an, polemisiert gegen Oppositions- und inzwischen auch Regie-

rungsparteien, verteidigt rechte Putschbestrebungen in der Vergangenheit und sucht politische Verbindung mit den Kräften auf dem äußersten rechten Flügel. Mit der Christdemokratischen Partei, deren Ministerpräsident und Innenminister zur Zeit der Moro-Entführung er war, hat er gebrochen. Sowohl die Lega Lombarda als auch die faschistische Partei MSI versuchen inzwischen mit Cossiga als einer Art Gallionsfigur Anhang zu sammeln. Der MSI hat eine Serie von Kundgebungen zur Unterstützung Cossigas und dessen politischer „Schläge mit der Spitzhacke“ (Cossiga) durchgeführt. Der MSI-Vorsitzende Fini, der sich häufigen Gedankenaustauschs mit Cossiga rühmt, erklärte: „Wir erkennen ihm das Verdienst zu, nicht mehr zwischen Faschisten und Antifaschisten zu unterscheiden und mit seinen Schlägen mit der Spitzhacke die erste Republik begraben zu haben.“

Allem Anschein nach braut sich angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Krise in Italien ein rechtes Lager zusammen, das seinen Anhang in der demagogischen Attacke auf soziale und politische Einrichtungen der Nachkriegsverfassung sucht. Am 5. April sind vorgezogene Parlamentswahlen. — (rok)

Internationale Umschau



Der US-Landmaschinenkonzern Caterpillar hat im Dezember 6000 UAW-Mitglieder ausgesperrt, nachdem die Gewerkschaften über einen neuen Lohnvertrag verhandeln wollten. Die UAW hatte bereits zuvor einen Teilstreik von 2400 Beschäftigten angeordnet. Der Konzern, der in den USA 16000 Arbeitnehmer beschäftigt, will die Löhne und Leistungen unter das Branchenniveau drücken. Unter anderem will er die Krankenversicherung für seine Belegschaften nicht mehr voll zahlen und den Produktionsarbeiter geringere Lohnerhöhungen zugestehen. Die UAW will einen Vertragsabschluß, der dem vor kurzem bei John Deere unterzeichneten Vertrag entspricht. Quelle: IMB-Nachrichten 13/91 — (AGM)

Metaller in Brasilien erkämpfen Lohnerhöhung

In einem der größten Streiks der letzten Jahre haben 500000 Metallarbeiternehmer erhebliche Lohnsteigerungen durchgesetzt. Gegen den Widerstand der Arbeitgeber, einschließlich Multis wie Siemens, hat die Metallgewerkschaft von São Paulo einen dreitägigen Streik ausgerufen. Die Unternehmer waren vor Gericht gegangen, um den Streik zu verbieten, aber in einem überraschenden Beschuß wurde der Streik als gesetzlich erklärt und den Arbeitnehmern wurde nicht nur die geforderte Lohnerhöhung von 100 % zugesprochen, sondern es wurde auch die Lohnfortzahlung für die drei Streikstage angeordnet. Quelle: IMB-Nachrichten 13/91 — (pef/AGM)

Südkorea: Hyundai-Werk besetzt

Südkoreas größtes Automobilwerk ist von etwa 15000 streikenden Arbeitern besetzt. Das Management der Hyundai Motor Co. hatte am 15. Januar die Aussperrung der Belegschaft für unbestimmte Zeit verfügt. Die Arbeiter streiken seit drei Wochen für höhere Löhne. Ausgangspunkt des Konflikts sollen im Dezember Forderungen nach Sonderzahlung von 150 % eines Monatsgehalts gewesen sein. Seit Mitte letzter Woche geht es auch um die Freilassung von verhafteten Gewerkschaftern. 5000 Streikende halten das von Polizei umstellte Werk Ulsan weiter verbarrikadiert. Quelle: Handelsblatt 17.1.1992 u. Augsburger Allgemeine 20.1. — (pef/AGM)

UNO auf völkerrechtlich bedenklichen Wegen

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 21. Januar beschlossen, von Libyen die Auslieferung mehrerer libyscher Staatsbürger zu verlangen, die von den USA, Großbritannien und Frankreich verdächtigt werden, an dem Flugzeugattentat von Lockerbie beteiligt gewesen zu sein. Erstmals verlangt die Uno damit von einem Staat die Auslieferung von Bürgern, eine Verletzung der in der Uno-Charta festgeschriebenen Souveränität von Mitgliedstaaten. Die libysche Regierung hat erklärt, daß sie nicht an einer Auslieferung denkt; die libysche Justiz sei bereit, mit westlichen Untersuchungsrichtern zusammenzuarbeiten, um das Attentat aufzuklären. Das Argument vor allem der USA, ein Flugzeugattentat, bei dem soviele Menschen ums Leben kamen, erlaube außergewöhnliche Mittel, sollte vielleicht daran gemessen werden, was jetzt bei einer Untersuchung in Italien ans Licht kommt: 1980 stürzte eine DC 9 ins Mittelmeer, 81 Menschen kamen ums Leben; wie inzwischen feststeht, wurde das Flugzeug von einer US-Rakete getroffen. Ein Luftwaffenoffizier, mit anderen des Verschwindenlassens von Aufzeichnungen beschuldigt, habe gestanden, berichtet der Kölner Stadt-Anzeiger. Es sei geplant gewesen, Libyens Staatschef Ghaddafi zu töten, irrtümlich sei aber die DC 9 getroffen worden.

Quelle: Handelsblatt Jan. 1992 — (frm/AGM)

Massendemonstration bei Beerdigungen in Kurdistan

Am 11./12. Januar wurde der 16jährige bei einem Angriff der türkischen Armee gefallene ARGK-Kämpfer Ramazan Hulat in Cizre von 25000 Menschen beerdigt. Die türkischen Sicherheitskräfte zogen sich diese zwei Tage lang vollkommen aus der Stadt zurück, nur von einem Hubschrauber aus wurden die Beerdigung und die Solidaritätskundgebungen für die PKK und ihre Guerilla, die ARGK, beobachtet. Zwei Tage lang waren in Cizre und in der Umgebung alle Geschäfte geschlossen und der öffentliche Verkehr gestoppt. Es wurden ganz offen kurdische Fahnen und die Fahne der ARGK, in der auch der Sarg gehüllt war, getragen. Am gleichen Tag fand in Urfa-Siverek die Beerdigung des ARGK-Kämpfers Ali Ihsan Uckardes statt. Erst nach einer halben Monaten konnten seine Angehörigen erreichen, daß sie den Leichnam bekommen. Zu der Beerdigung kamen etwa 4000 Menschen. Auch diese Beerdigung wurde zu einer Demonstration für den Befreiungskampf und von den Staatssicherheitskräften nicht angegriffen. Ähnlich verlief die Beerdigung der ARGK-Kämpfer Kendal und Vahap und des Zivilisten Rüstem, einem Bauern, der von Sicherheitskräften ermordet wurde, am 3.1. in Çarsen, Kreis Tatvan. (Kurd.-Rundbrief)

Zwei Abgeordnete aus der türkischen SHP ausgetreten

Die beiden Abgeordneten Leyla Zana und Hatip Dicle, gegen die wegen ein paar kurdischer Worte im türkischen Parlament vom Staatssicherheitsgericht ermittelt wird, sind aus der SHP, in die sie bekanntlich für die Wahl eintreten mußten, da die HEP, deren Mitglieder sie waren, vom türkischen Staat nicht zu den Wahlen zugelassen war, wieder ausgetreten. Sie bleiben aber Mitglieder des Parlaments. In einer Erklärung sagten Leyla Zana und Hatip Dicle zu ihrem Austritt aus der SHP: „Wir hielten es für angebracht, aus der Partei auszutreten, um die Diskussionen in der SHP, die sich in einer Phase der Politik der Öffnung befindet, nach außen zu tragen. Diese Politik der Öffnung, der Absicht, die Demokratie zu installieren, ist von Leuten mit einer bestimmten Mentalität als politischer Spielball missbraucht worden. (Kurdistan-Rundbrief)

Referendum gegen Schweizer IWF-Beitritt

Der von der Regierung angestrebte Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank wird nicht so reibungslos über die Bühne gehen, wie sich das die herrschende Klasse gewünscht hat. Initiativen unterschiedlicher politischer Couleur haben es geschafft, fristgerecht die Unterschriften für ein Referendum gegen die Mitgliedschaft der Schweiz in diesen Institutionen zu sammeln. Initiiert haben das Referendum, das voraussichtlich Mitte Mai stattfindet, linksgrüne, sozialistische und feministische Organisationen. Auf IWF-Kurs befinden sich dagegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Gegen einen Beitritt sprechen sich auch Rechte aus (Autopartei und SVP-Rechtsaußen Blocher). Die NZZ befürchtet, das Referendum könnte „große Durchschlagskraft“ entwickeln. — (jüg)

EXPERIENCE THE POWER OF MACINTOSH MACWORLD EXPO

JANUARY 1, II, 12 & 13



Mit Hungerstreiks, Unterschriftensammlungen und Kundgebungen kämpfen seit elf Monaten mehrere hundert Reinigungsbeschäftigte der Firma Shine in Kalifornien (USA) gegen die Niedriglöhne, die das Unternehmen ihnen im Verbund mit der Computerfirma Apple zahlt. Apple ist eine der größten Firmen im berüchtigten Silicon Valley, die Reinigungsfirmen beschäftigt, die keine Tariflöhne zahlen. Die Beschäftigten von Shine bekommen ein Anfangsgehalt von gerade 5,25 Dollar pro Stunde (ca. 8,40 DM). Der tarifliche Mindestlohn für Reinigungsarbeiter liegt bei 6,50 Dollar (10,50 DM). Bild: Kundgebung vor einer Apple-Werbeveranstaltung in San Francisco. — (rül)

Strobl-Demonstration: Polizei steuert Zeugen

Essen. Im Prozeß wegen schweren Landfriedensbruchs während der Ingrid-Strobl-Solidaritätsdemonstration am 11.2.1989 in Essen versucht die Polizeiführung, den wirklichen Ablauf der damaligen Polizeieinsätze aus der Diskussion zu halten. Seit Anfang November dieses Jahres wird am Essener Amtsgericht gegen vier Angeklagte im dritten Anlauf verhandelt. Die vier wurden mit weiteren vier Personen im Verlauf der damaligen Kundgebung festgenommen. Die Kundgebung war zuvor von einem starken Polizeiaufgebot, einschließlich zwei SEK-Hundertschaften, überfallen worden, wobei über 40 Menschen z.T. schwer verletzt wurden. Der Polizeieinsatz löste heftige Proteste auch von Seiten der Demoleitung aus. U.a. wurde eine Dienstausichtsbeschwerde gegen den Einsatzleiter erstellt.

Auf Anregung des damaligen Einsatzleiters wurden über den Polizeipräsidenten alle am Verfahren beteiligten Polizeibeamten zu einem sogenannten Dienstunterricht eingeladen. Dieser fand am 31.10.1990 in der Essener Polizeizentrale an der Frankenstraße statt. Dazu reisten extra Beamte aus Düsseldorf und Umgebung an. Was in dieser Veranstaltung besprochen wurde, ließ sich von den teilnehmenden Beamten nicht herausbekommen. Sie beriefen

sich ständig auf ihre beschränkte Aussagegenauigkeit. Fest steht nur, daß der von der Polizei erstellte Video-Film gezeigt, eine Fotomappe herumgereicht wurde und im Anschluß eines Referates des Einsatzleiters eine Diskussion stattfand.

Zwei Versuche des Gerichts, den Polizeipräsidenten dazu zu bewegen, die Aussagegenauigkeit zu erweitern, hatten keinen Erfolg. Eine Bitte an Landesinnenminister Herbert Schnoor, auf den Polizeipräsidenten einzuwirken, war ebenso wenig erfolgreich.

Überhaupt hat es den Anschein, daß das Gericht kein ehrliches Interesse hat, sich gegenüber der Polizeiführung durchzusetzen. Im Gegenteil: Nachdem ein Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt werden mußte und ein Freispruch erfolgte, wollte das Gericht ein Verfahren an das Landgericht abgeben. Das Gericht war der Meinung, daß durch die Schwere der Taten ein höherer Anklagevorwurf zu erwarten sei. Die darauf von Seiten der Verteidigung gestellten Befangenheitsanträge auf Grund dieser Vorverurteilung wurden ebenfalls abgelehnt. Unter diesen Umständen steht für die Angeklagten die konkrete Gefahr, verurteilt zu werden. Die Urteilsverkündung soll am 29.1.91.15 Uhr, stattfinden. — (d.)

Verurteilt ohne Tat

Nürnberg. Nichts hatte gebrannt. Flaschen mit brennbarem Gemisch konnten niemandem zugeordnet werden. Normalerweise wäre es ein Fall für das Fundbüro gewesen. Aber die seherische Fähigkeiten der Polizei ließen den Fundort zum „Tatort“ werden. Es handelte sich um einen großen Gebäudekomplex in dem u.a. das Ausländeramt untergebracht ist. Dort soll im Februar 1991 ein Brandanschlag versucht worden sein. Dem Nürnberger Amtsgericht reichte die unterstellte Zustimmung zu einer unterstellten versuchten Brandstiftung aus. 20 Monate ohne Bewährung lautete am 30.12. das Urteil gegen Sven L., wegen „versuchter Brandstiftung“ und „Waffenbesitz“.

Die Behandlung des jetzt Verurteilten in der Untersuchungshaft nannte der Frankfurter Verein Demokratische Ärzte und Ärztinnen (VDÄÄ) „Psychoterror“. Die Anwälte des Häftlings sprachen von „menschenverachtender Behandlung“. Der Untersuchungshäftling Sven L. hatte sich geweigert, auszusagen. Eine Nürnberger Anstalsärztin deutete das als Verdacht auf Schizophrenie und schloß auf „Suizidgefahr“. Der Leiter einer psychiatrischen Abteilung in Straubing ließ Kochsalzlösungen in den Gefangenen spritzen, weil er eine „simulierte Geisteskrankheit“ witterte. Am Ende aber entlarvt er das Schweigen als „bloßes Protestverhalten“ oder „haftstörisches Verhalten“. „Das sind Dinge, die wir sonst nur aus der Sowjetunion kannten“, sagte Winfried Beck, Vorsitzender des VDÄÄ, „es liegt auch der Verdacht nahe, daß sich der Arzt zum verlängerten Arm der Ermittlungsbehörden gemacht hat.“

Nach zehn monatiger „Untersuchungshaft“ hatte am 11.12. der Prozeß vor dem Amtsgericht in Nürnberg begonnen: Der Saal war vor der Öffentlichkeit mit Eisengittern abgeriegelt. Die Besuchenden wurden durchsucht. Der Staatsanwalt verlas eine „härtere Version“ der Anklageschrift, die vom Gericht nicht zur Anklage zugelassen wurden. Der Angeklagte durfte sich an diesem Tag nicht zur Sache äußern. Er wurde vom Prozeß ausgeschlossen, weil er seine Sicht der Dinge darstellen wollte. Die protestierende Öffentlichkeit wurde ebenfalls ausgeschlossen und bei der Gelegenheit von Polizisten geprügelt und mißhandelt. Am zweiten Prozeßtag durfte Sven L. dann seine Erklärung vortragen. Am dritten Verhandlungstag wurde die Öffentlichkeit aus dem bis zum letzten Platz gefüllten Sitzungssaal wieder ausgeschlossen, weil der einzige „Tat“zeuge, Mitarbeiter der politischen Polizei, nur geheim aussagen wollte. Dieser ominöse Herr Wiedenhöfer, der

auch während seiner geheimen Zeugenvorkehrung mit Sonnenbrille maskiert und in eine übergröße Jacke gehüllt war, gab vor, sich nicht zeigen und nicht öffentlich aussagen zu können, weil er „als verdeckter Ermittler in der Szene“ eingesetzt sei. Er würde sonst „enttarnt“ werden. Vielen der Prozeßbesuchenden war er aber schon lange bekannt.

Svens Anwältin: „Ein Zeuge, wie ihn sich ursprünglich die Strafprozeßordnung vorgestellt hat, war der meiner Meinung nach nicht mehr. In ganz wesentlichen Bereichen, also zum Beispiel der Grund der Observation, die Beteiligung von weiteren Polizeibeamten, hat er die Aussage verweigert und vor allem, was uns wichtig gewesen wäre und was bei jeder Zeugenvorkehrung, insbesondere von Polizeizeugen immer wichtig ist, die Vorbereitung auf die Hauptverhandlung, inwieweit er sich vorbereitet hat mit diesem „Zeugenbeistand“, inwieweit da Akteneinsicht bestand, all solche Fragen wurden kategorisch, und zwar auch massiv von dem „Zeugenbeistand“, verweigert zu beantworten. Immer wieder unter Berufung auf diese eingeschränkte Aussagegenauigkeit. Wozu Angaben gemacht werden mußten, zu seinen Erkenntnissen da am 19.2. morgens unmittelbar, da hat er im wesentlichen seine Aussagen wiederholt, wie sie auch schon schriftlich bei den Akten sind. Auffallend waren, und das auch zugunsten von Sven, so einzelne Details. Zum Beispiel wurde erstmals bekannt, daß Sven keineswegs unmittelbar in der Nähe dieser drei Molotowcocktails festgenommen wurde, sondern genau am anderen Ende dieses Kleinbusses stand, also nicht wegelaufen war. Er war nicht auf der Flucht, das hat der Zeuge auch gesagt. Sondern er hat zwei, drei Meter weiter weg gestanden, aufrecht und auch nicht in Hocke. Er hatte nichts in der Hand. Also müßte erst mal die Verbindung hergestellt werden zu diesen Molotowcocktails.“

Als Ersatz für die fehlenden Tatbeweise führte Staatsanwalt Riedel die politische Einstellung Svens als „Beweise“ für seinen versuchten Brandanschlag an. Er sprach von der „Personlichkeit des Angeklagten als politisch denkender Mensch“ und führte beschlagnahmte Briefe Svens, von und an Rolf Heißler und Norbert Hofmann, die ein dreiviertel Jahr nach der Verhaftung geschrieben worden waren, als Beweise ein.

Der Verurteilte legte Berufung ein und wurde am Tag der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen. Sechs Prozeßbesuchende, die bei der Urteilsverkündung seine sofortige Freilassung gefordert hatten, kamen hingegen für je drei Tage in „Ordnungshaft“.

— (Arbeitskreis Lokalberichte Nürnberg)

Sozialplanverhandlungen bei Gabor abgeschlossen

Elmshorn. Ende Oktober letzten Jahres verkündete die Geschäftsleitung des Schuhkonzerns Gabor die Verlagerung der Produktion ins Billiglohnland Portugal und die Schließung des Werkes in Barmstedt mit 183 Beschäftigten. Die Sozialplanverhandlungen konnten erst durch das Einsetzen einer Einigungsstelle abgeschlossen werden. Das provokative „Angebot“ der Geschäftsleitung von 470,- DM pro Beschäftigtenjahr ist dahin. Die Abfindung beträgt nun Dreiviertel des Bruttonatrlohnes pro Beschäftigtenjahr. Die Kündigungsfristen müssen eingehalten werden, so daß je nach Betriebszugehörigkeit noch bis Mai bzw. Juni der volle Lohn bezahlt werden muß. Beschäftigte ab 58 bekommen bis zur Rente eine Ausgleichszahlung, so daß kein Lohnverlust eintritt. — (rua, sip)

6 Monate, 1500 DM fürs - Ohrfeigen eines US-Konsuls

Stuttgart. Diese Strafe verhängte das Stuttgarter Amtsgericht jetzt gegen einen 49-jährigen wegen Beleidigung und vorsätzlicher Körperverletzung. Am 4. Februar 1991, 20 Tage nach Beginn des Krieges am Golf, bekam der US-Regierungssprecher für Baden-Württemberg, Sam Westgate, öffentlich eine Ohrfeige. Ort: eine Veranstaltung der IG Medien über die Zensur im Golfkrieg. 800 Leute waren da. Westgate behauptete u.a., die alliierten Angriffe würden sich nur gegen militärische Ziele richten, die Zivilbevölkerung werde weitgehend geschont usw. Die Empörung über solche schon damals widerlegbaren Äußerungen war bei vielen groß und bei einem so groß, daß er Westgate ohrfeigte. Die Veranstaltung wurde abgebrochen, für

die Antikriegsbewegung kein Sieg, so wenig wie das jetzige Urteil. Es bestätigt die Vorverurteilung durch die *Stuttgarter Nachrichten*, die schon zwei Tage nach dem Vorfall den Namen des jetzt Verurteilten veröffentlichten. — (heb)

OGV Lüneburg: Kein Asyl für Kurden

Lüneburg. In einem am 22.1.92 bekanntgewordenen Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg wurde einem Kurden das Asylrecht mit der Begründung abgelehnt, daß Kurden in der Türkei nicht verfolgt würden. Der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten war gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stade in Berufung gegangen, das im Falle zweier kurdischer Kinder und eines 17-jährigen Jugendlichen den Kurden als Volksgruppe das Asylrecht zugestanden hatte. Der 11. Senat des OVG Lüneburg gab nun dem Bundesbeauftragten recht. Aus Nordhorn wurde bekannt, daß ein abgeschobener kurdischer Asylbewerber sofort nach seiner Ankunft in Istanbul verhaftet worden ist. — (jot)

nannte er als „Kampfmittel“ Flugblätter und Diskussionen in Betriebsversammlungen der anderen Daimler-Benz-Betriebe. Einen Streik schloß Steinkühler aus. Betriebsbesetzungen deklarierte er als „wenig sinnvoll“. Nach Auffassung des Betriebsrates muß „der Beschuß des Aufsichtsrates der AEG, ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, mit dem möglichst viel Beschäftigung gesichert werden kann“, endlich umgesetzt werden. Bisher hat der Daimler-Benz-Konzern keine wesentlichen Arbeitsverlagerungen nach Roffhausen angekündigt. Hoffnung auf Weiterbeschäftigung im Rahmen der konzerneigenen Debis können sich gerade 48 Beschäftigte machen. Bei einer Übernahme durch einen der zwei anderen bisherigen Verhandlungspartner (der US-Bürotechnik-Konzern Smith-Corona und die südkoreanische Samsung-Gruppe) würden nur etwa 100 bis 200 Arbeitsplätze erhalten, wobei es sich nur um den Vertriebsbereich handelt. Seit Anfang Dezember sind 1000 Beschäftigte auf Kurzarbeit gesetzt.

Polizisten demonstrieren gegen Parteitag der CDU

Mannheim. 3000 Polizisten aus Baden-Württemberg haben am 25. Januar mit einer Demonstration und Kundgebung neben dem Tagungsort des CDU-Landesparteitags, der Auftaktveranstaltung zur Landtagswahl im April, erneut ihre Forderungen nach besserer Bezahlung und Einführung einer zweigeteilten Laufbahn bekräftigt. Ähnliche Aktionen gab es verschiedentlich in den letzten Monaten. Sprecher der Aktionsgemeinschaften warfen der Landesregierung vor, mit ihrer Ablehnung aller Forderungen die „innere Sicherheit“ zu gefährden und drohten: „Am 5. April sagen wir ebenfalls nein!“ — (evc)



Continental — Pirelli: „Drama in drei Akten“

Hannover. Mit einem Drama, bisher in drei Akten, vergleicht die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (6.12.91) die Auseinandersetzungen und Verhandlungen zwischen den beiden Reifenkonzernen Continental und Pirelli, die in der Weltrangliste der Reifenproduzenten Platz 5 und 6 halten.

Erster Akt ist der sogenannte feindliche Übernahmeversuch von Continental durch Pirelli, der u.a. am Widerstand des früheren Vorstandsvorsitzenden der Continental, Urban, gescheitert ist.

Zweiter Akt: Continental tauscht den Vorstandsvorsitzenden aus, Pirelli den Kopf der Reifenproduktion und es beginnt die Zeit der Fusions- beziehungsweise Kooperationsgespräche. Es ist weitgehendes Stillschweigen vereinbart. Angeblich verlaufen die Gespräche in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre. Dann kommt das Ende des zweiten Aktes: die Verträge sind fertig und die Verhandlungen platzen! Im dritten Akt tritt dann als Hauptdarsteller laut *HAZ* nur noch die Continental auf.

Was hat zum Scheitern der Verhandlungen geführt?

In erster Linie war es die finanzielle Lage von Pirelli. Für 1991 erwartet Pirelli allein aus dem Reifenbereich einen Verlust von über 300 Mio. DM. Hinzukommen die Kosten des Übernahmevertrags der Continental. 5 Prozent der Conti-Aktien hat Pirelli gekauft, weitere 25 Prozent die italienische Finanzaristo-

kratie (wegen der 5-prozentigen Stimmrechtsbegrenzung bei Continental). Pirelli hat sich verpflichtet, wenn bis zum 30.11.91 keine Vereinbarung mit Continental zustandekommt, sämtliche Kursverluste und Zinsen den Verbündeten bis zum Jahresende zu erstatten. Ge-kaufte wurden diese Aktien mit einem Kurs von etwa 304 DM. In der Zwischenzeit ist die Conti-Aktie auf unter 200 DM gesunken. Die Kursverluste plus Zinsen addieren sich auf etwa 460 Mio. DM Schulden für Pirelli. Die Deutsche Bank sollte im Zuge der Kooperationsabschlüsse diese Aktien zum Kurs von 300 DM kaufen — sie hat dankend abgelehnt. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob Continental als Sieger aus diesem 15-monatigen Monopoly-Spiel hervorgeht. Pirelli verzeichnete für 1991 Verluste insgesamt von über 900 Millionen DM, davon die Hälfte für die Conti-Aktivitäten. Auch wenn die italienische Medio-Bank mit einem 2 Mrd. Übergangscredit zunächst den größten Druck genommen hat, sieht sich Pirelli gezwungen, den Unternehmensteil „Diverse Produkte“ (15 % des Konzerns) zum Verkauf anzubieten (und gleich interessiert sich die Continental für die pirellischen Metzler-Werke in München mit 4 400 Beschäftigten!).

Demgegenüber schreibt die Continen-

tal AG als einziger großer Reifenproduzent noch schwarze Zahlen. Nur durch die hohen Verluste der Konzern Tochter General Tire in den USA gerät der Continental-Konzern 1991 auch in die Verlustzone. Der neue Vorstandsvorsitzende von Grünberg verkündet eine Zehn-Punkte-Erklärung mit der Zielsetzung, Continental solle nicht das „größte, aber das beste und profitabelste Unternehmen“ werden. Schwerpunkte sind Wachstum durch eigene Entwicklungen, Expansion gen Osten, (profitable) Umweltschutz und Dezentralisierung von Verantwortung.

Was heißt das alles für die Beschäftigten? In Bezug auf das Scheitern der Verhandlungen haben die Betriebsräte vor allem die Informationspolitik des Vorstands kritisiert. Die „Zehn-Punkte-Erklärung“ wurde sehr abwartend kommentiert. Zu erwarten ist aber mit Sicherheit ein verschärfter Druck auf die Beschäftigten durch und mit Hilfe der geplanten Dezentralisierung von Gewinn- und Verlustverantwortung. Die Äußerung von Grünberg, Sozialpläne würden gegenwärtig nicht ausgearbeitet, kann man getrost als Drohung verstehen. Offen ist die Frage, ob das Drama tatsächlich nach drei Akten beendet ist. 30 Prozent der Aktien befinden sich bei und um Pirelli. Gerücht, mit Hilfe von Pirelli würde sich der japanische Konzern Sumitomo einkaufen, verdrückten sich gegenwärtig nicht. Die Konkurrenz auf dem Weltreifenmarkt ist scharf, die Automobilindustrie steht vor einer Krise. — (gea)



Hamburg. Warnstreiks mehrerer tausend Beschäftigter in Hamburger Banken und Sparkassen. Über 2000 Angestellte u.a. von der Deutschen- und Dresdner Bank, der Commerzbank, BfG und Hamburger Sparkasse nahmen an einer von HBV und DAG durchgeführten Kundgebung teil. — (res, Bild: res)

Klage gegen Länderfinanzausgleich

Stuttgart. Die baden-württembergische Landesregierung plant eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich. Grundsätzlich ist sie zwar der Meinung, daß es einen solchen Ausgleich zwischen den Ländern geben muß, derzeit sei er aber ausgerichtet auf den Bedarf; die Finanzkraft des Landes zähle nicht. Baden-Württemberg leistet 60 Prozent des Finanzaufkommens, 1991 waren dies 3,4 Milliarden Mark, 900 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Zur Neufinanzierung des Länderausgleichs will die Landesregierung einen Entwurf vorlegen, der sich u.a. orientiert an mehr Bestimmung über finanzielle Einnahmen. Die Länder sollen nicht mehr nur Ausführende von Gesetzen und Vorschriften sein. Sonderlasten sollen durch Bundeshilfen ausgeglichen werden. Zudem will Ministerpräsident Teufel eine Neuauflistung der Länder, unter anderem den Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg, Bremen und Saarland. Laut *Stuttgarter Zeitung* vom 17. 1. 1992 stimmt die Opposition diesen Plänen zu. — (unb)

Tarifabschluß in der Ledererzeugenden Industrie

Weinheim. Um 5,9 % steigen zum 1. 1. die Tarife (mit geringer überproportionaler Erhöhung für untere Lohngruppen), die Ausbildungsvergütungen um 100 DM. Erst ab 1. 7. 1993 wird die Arbeitszeit (sie war bis 31. 12. 91 bei 39 Std. gebunden) und dann in neunmonatigen Abständen um je eine halbe Stunde gekürzt (von 1. 10. 95 bis 31. 12. 96 =

37 Stunden). Gesamtaufzeit also fünf Jahre! Der Vertrag enthält zudem eine „Anrechnungsklausel“ bei künftigen Entgeltserhöhungen. Die beiden Großbetriebe des Tarifbereichs (C. Freudenberg Weinheim und Möllerwerke Bielefeld) hängen zwar am Branchen-Manteltarif, verhandeln jedoch später über Ein-Kommens-Haistarife. — (bef)

Große Demonstration gegen Kita-Beitragserhöhungen

Hannover. Über 6000 demonstrierten am 16. 1. 92 gegen die im hannoverschen Stadthaushalt vorgesehene Erhöhung der Beiträge für Kindertagesstätten. Demnach sollen die Kosten folgendermaßen aussehen (rechts der neue Preis):

Ganztags u. Hort	200 DM	300 DM
Halbtags m. Essen	130 DM	230 DM
Halbtags o. Essen	100 DM	200 DM
Nachmittags	50 DM	100 DM
Krabbelstube ganztags	220 DM	440 DM
Krabbelstube halbtags	140 DM	360 DM
Krippe m. Essen	340 DM	540 DM
Krippe o. Essen	340 DM	510 DM
Spielkreise	20 DM	30 DM

Diese unglaubliche Preissteigerung wird mit den Kosten für den Neubau von Kindertagesstätten begründet. Außerdem würden durch die Sozialstaffel Härten vermieden. In den Genuss einer Beitragsermäßigung kommen nach der Sozialstaffel Einkommen, die in der Nähe des Sozialhilfesatzes liegen. Unterstützung erhielten die Demonstranten vom Beiratssrat der Firma Horten, vom evangelischen StadtKirchenverband und auch aus der Landtagsfraktion der Grünen, die Arbeiterwohlfahrt lehnte die Beitragssteigerungen für ihre Einrichtungen ab. — (rec)

Grüne Ministerin ehrt rechten Gruhl

Norderstedt. Das Bundesverdienstkreuz am Bande hat die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn dem rechtsextremen Umwelt- und Heimatshützer Herbert Gruhl vor einigen Monaten um den Hals gehängt. Er habe durch seinen Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ die Diskussion über die Grenzen des Wachstums in der breiten Öffentlichkeit entfacht. Herbert Gruhl, seit 1954 CDU-Mitglied und bald darauf Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Nord, kam 1969 für drei Legislaturperioden in den Bundestag und wurde dort zeitweilig Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Umweltvorsorge“ der CDU/CSU-Fraktion. 1975 übernahm er den Chefessel im „Bund für Natur und Umweltschutz Deutschland“ (BUND). Am 11. 7. 78 verließ er die CDU und gründete tags darauf die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ). Mit dem Alt-Rechten August Haußleitner von der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD), der „Grünen Liste Umweltschutz“ (GLU) des Georg Otto und der „Grünen Liste Schleswig-Holstein“ (GLSH) schloß er das Wahlbündnis „Sonstige politische Vereinigung DIE GRÜNEN“, das ihnen 1979 bei der Europawahl 3,2 % einbrachte.

Mit weit rechts stehenden Ökologen vom Schlag Baldr Springmanns, dem Ehepaar Ursula und Werner Haverbeck — beide Vorsitzende des ökofaschistischen „Weltbundes zum Schutz des Le-

bens“ (WSL) — und dem Nordseeschützer Konrad Buchwald folgte dann die Gründung der „Ökologisch-Demokratischen Partei“ (ÖDP), deren Vorsitzender er 1982 wurde. Auf dem Bundesparteitag 1989 in Saarbrücken trat Gruhl mit einem Drittel der Delegierten aber wieder aus. Es störte an der ÖDP der knappe Mehrheitsbeschuß einer formalen Abgrenzung zur NPD und den Republikanern. — (ecg)

Seit Mitte der 80er Jahre trifft man Gruhl häufiger als Gastredner auf Versammlungen Schweizer Neonazis. Engste Mitarbeiter an seiner Hauszeitschrift *ökologie* sind außer einigen Ex-Republikanern auch die Nationalrevolutionäre H.-S. Strelow und W. Bednarski. In seinem zuletzt gegründeten „Arbeitskreis ökologische Politik“ fordert er einen Einwanderungsstopp aus ökologischen Gründen. Ausländer belasten die deutsche Umwelt nämlich mehr als die Deutschen! Ihnen fehlt einfach der emotionale Bezug zu diesem Land, und daher ist die Natur ihnen wurscht. Im niedersächsischen Umweltministerium hat der Computer des Hausarchivs offenbar nichts Böses über diesen Herrn ausgespuckt. Im Gegenteil — er habe bei der Ehrung einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Außerdem sei Herr Gruhl schließlich nicht wegen seiner Parteitätigkeiten, sondern wegen seiner Verdienste im Umweltschutz ausgezeichnet worden. Quelle: *Atom* 37/91/92 — (ed)

Stahl: Die Kapitalisten können getroffen werden

Essen. Die Tarifverhandlungen für die 135000 Beschäftigten der nordwestdeutschen Stahlindustrie sind endgültig gescheitert. Seit Anfang Oktober haben die Kapitalisten die IG Metall hingehalten. Am 14. 1. 1992 stimmte der IG Metall-Vorstand dem Antrag der Tarifkommission auf Einleitung der Urabstimmung zu. Dennoch scheiterte am 21. 12. auch ein letzter „friedlicher“ Eingangsversuch. Damit steht das erste Mal seit dem Winter 1978/79 ein Streik in der Stahlindustrie an.

Die Verhandlungen am 21. 12. dauerten zwar 14 Stunden, brachten jedoch kaum noch Bewegung. Die Kapitalisten boten eine Pauschale von jeweils 220 DM für die letzten drei Monate, 5 % für die fünf Monate von Februar bis Juni sowie 5,8 % für die vier Monate von Juli bis Oktober. Die von der IG Metall geforderte anrechenbare Vorweganebung wollten sie nur für die Arbeiter zahlen, nicht für die Angestellten. Nach Berechnungen der Kapitalisten entspricht dieses Angebot einem Volumen von 5,7 %, nach Berechnungen der IG Metall jedoch gerade 5,39 %. (1)

Der entscheidende Streitpunkt ist die Absicht der Kapitalisten, die in den Jahren der Stahlkrise durchgesetzte Differenzierung der Löhne der stahl- und metallverarbeitenden Industrie beizubehalten. Der Stahlecklohn liegt zur Zeit bei 14,29 DM, der Metallecklohn NRW seit 1991 — auch die Stahltarifauseinandersetzung gehört noch ins letzte Jahr — bei 15,42 DM. Die Verhandlungskommission der IG Metall hat wiederholt deutlich gemacht, daß sie mit einem Ab-

schlußvolumen um 6 % zufrieden wäre, wenn nur zum Ende der Laufzeit der jetzige Metallecklohn wieder erreicht wird. Das letzte von ihr vorgeschlagene Lösungsmodell sah für November und Dezember 1991 Einmalzahlungen von jeweils 300 DM vor, fünf Monate lang 5,3 % und danach fünf Monate die geforderte Vorweganebung von 0,16 DM auf den Ecklohn plus 6,7 %.

Auf diesen Vorschlag beziehen sich die Kapitalisten, wenn sie behaupten, beide Seiten hätten nur wenige Zehntel Prozent auseinandergelegen. Tatsächlich lag das Volumen dieses Modells zwar nur bei 6,15 %, ihr wesentliches Ziel hätte die IG Metall jedoch erreicht. Materiell wäre ein solches Ergebnis zwar etwas schlechter, als das Metall-Ergebnis vom letzten Jahr, doch die hohen Einmalzahlungen hätten eine Entlastung gerade der unteren Lohngruppen bewirkt. Jetzt, mit Beginn der Urabstimmung, werden die Karten neu gemischt. Bei einer Kundgebung der IG Metall am 24. 1. in der Duisburger Rhein-Ruhr-Halle ließ auch IG Metall-Vorsitzender Steinkühler keinen Zweifel daran, daß ein Tarifabschluß nach einem Streik teuer wird. Orientierungsmaß der IG Metall wird ein Abschluß um 7 % sein.

Daß das bei der Urabstimmung nötige Quorum von 75 % der betroffenen Gewerkschaftsmitglieder erreicht wird, daran zweifelt kaum jemand. Die Auszählung findet am 31. 1. statt. Dieses Ergebnis werden die Kapitalisten auf jeden Fall abwarten. Ob sie dann — vor dem Beginn eines Streiks — ein neues Angebot vorlegen, ist fraglich. Rufe der bür-

gerlichen Presse nach einem Schlichter lehnte der Verhandlungsführer der Kapitalisten, Schmidthennner, jedenfalls ausdrücklich ab: Seiner Ansicht nach ist ein Streik in der Stahlindustrie „weniger schlimm, als ein zu hoher Lohnabschluß“. Für eine Schlichtung sei nun „kein Spielraum mehr“. (2)

Sicher ist allerdings auch, daß ein Streik die Stahlkapitalisten derzeit durchaus empfindlich treffen kann. Vor allem die noch boomende Automobilindustrie befürchtet Lieferengpässe schon nach wenigen Tagen. Opel und Ford wollen in diesem Fall auf ausländische Stahlzulieferer ausweichen. VW, Audi und Daimler-Benz stellen diese Möglichkeit in Frage und sprechen von Kurzarbeit (3). Beides birgt Risiken für die Stahlkapitalisten. Zudem würde ein langer Streik nach eigenem Bekunden die Betriebsgemeinschaft auf Jahre empfindlich stören.

Dennoch braucht die IG Metall Unterstützung. Die Versuche der bürgerlichen Medien, die Stahlbelegschaften zu isolieren, nehmen zu. Die Kapitalisten wollen die Verantwortung für Streik der IG Metall in die Schuhe schieben (4). Dagegen kann vor allem Aufklärung helfen: Die IG Metall befürchtet vermutlich zu Recht, daß es in den nächsten Jahren nur schwieriger würde, das Ziel der Wiederankopplung an den Metall-Ecklohn durchzusetzen. Und so, wie es derzeit aussieht, wird ein Abschluß in der Stahlindustrie zumindest für die Metallindustrie eine wichtige Vorgabe sein.

Quellen: (1) WAZ, 23.1.; (2) NRZ, 23.1.; (3) Handelsblatt, 23.1.; (4) WAZ, 27.1. — (wof)

Gemeinsam gegen die „Trendwende“ zur Lohnsenkung

Die Automobilkonzerne Daimler-Benz, VW und Audi haben erklärt, daß sie schon nach wenigen Tagen Stahl-Streik auf die Störung der Just-In-Time-organisierten Produktion mit Kurzarbeit reagieren müßten. Daimler-Benz und Bosch in Stuttgart haben innerbetrieblich schon vorsorglich Kurzarbeit angekündigt. Der Lohnpolitische Hintergedanke dabei: Die Aussicht auf die Lohnminderung aus Kurzarbeit soll die Solidarität zwischen den Belegschaften der Branchen Stahl und Metall untergraben und Druck auf die IG Metall ausüben. Diese Rechnung muß nicht aufgehen. Ohne Zusammensetzen der Gewerkschaften in der Industrie, im öffentlichen Dienst und den Dienstleistungsbereichen ist eine Abwehr der reaktionären „Trendwende“, der Reallohnsenkung und Schwächung der Gewerkschaften in der neuen Großmacht BRD nicht möglich: Auf die ungewöhnliche Vorabempfehlung des IGM-Vorstands für 9,5 % (Franz Steinkühler: „ein Beitrag zur Verständigung auf dem Tarifweg“) hat der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG umgehend geantwortet: Mehr als eine

Vier vor dem Komma sei nicht drin, eher sei ein Streik in Kauf zu nehmen. — Bei der Forderungsdiskussion in der Metallindustrie melden sich die Stellungnahmen, die eine neuere Strukturforderung zur stärkeren Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgrenzen verlangen. Die Mehrzahl der bayerischen Verwaltungsstellen hat Strukturforderungen befürwortet. Die Mehrheit der Redebeteilige in der Großen Tarifkommission in Baden-Württemberg am 24. Januar ging in dieselbe Richtung. Beslossen wird hier am 21. Februar. — Franz Steinkühler hat anlässlich der Vorstandsempfehlung erklärt, die Belastung der Arbeitnehmer durch die Steuerbeschlüsse der Regierung könne nicht durch Tarifpolitik korrigiert werden. Diese Ansicht ist in der IG Metall durchaus umstritten. Warum hört man aber nichts von einer politischen Kampagne der Gewerkschaften gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer? Hier könnten sich die Gewerkschaften mit vielen Beziehern von niedrigen und niedrigsten Einkommen wie Sozialhilfe oder niedrigen Renten verbünden, die sie ansonsten nicht erreichen. — (rok)

Verdrängen, Vertagen, Vergessen zum Münchener Armutsbericht

München. Ende letzten Jahres wurde der im Auftrag des Sozialreferates erstellte Münchener Armutsbericht 1991 vorgelegt. Dazu veröffentlichten wir im folgenden aus einer Stellungnahme des Sozialpolitischen Forums München e.V., das sich zum Ziel gesetzt hat, soziale Forderungen in die Stadtpolitik einzubringen. — (ecg)

122000 Menschen, also rund 10 % leben in der „Weltstadt mit Herz“ in Armut. Als 1987 der erste Armutsbericht erschien, waren es noch 84000. Seither ist die Zahl also um 46 % gestiegen, um 15 % in jedem Jahr ... In dieser Stadt, in der soviel Geld verdient wird, wie kaum sonstwo in Deutschland, haben 16000 Obdachlose keine Wohnung, leben in Unterkunftsanlagen und Billigpensionen, — ihre Zahl wächst jährlich um 3000. 45600 Menschen leben von der Sozialhilfe (ohne Dinkelziffer); besonders hoch ist die Altersarmut bei den Frauen über 65 Jahren. Von Arbeitslosigkeit sind die jüngeren Frauen überdurchschnittlich betroffen; 40 % aller Arbeitslosen beziehen keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Der Preis-Index für die Lebenshaltungskosten ist in München zwischen 1980-1990 um 31 % gestiegen. 12000 Kinder wachsen in Armut auf, sie erfahren Ausgrenzung, Benachteiligung und Zurücksetzung in der Schule, leben mit ständigen Familienkonflikten, leiden unter den Folgen von Trennung oder Scheidung,

Gewalt und Vernachlässigung.

Dennoch gibt es in dieser Stadt keine „Politik gegen die Armut“, wohl aber zahlreiche Beispiele für eine unsensible und brutale „Politik gegen die Armen“. Da werden die von der Stadt und den Wohlfahrtsverbänden getragenen Armutspunkte „Stützpunkt“ und „Werkhof“ gestrichen, die beträchtlichen EG-Zuschüsse verfallen. Das „Wohnforum“, ein Projekt zur Wohnraumbeschaffung für sozial schwache Gruppen ist, wie man hört, beim Oberbürgermeister „nicht beliebt“ ...

Die CSU führt eine unsägliche politisch motivierte Kampagne gegen die Selbsthilfegruppen, der Stadtrat schließt zu Beginn der Kalteperiode die wenigen „Wärmestuben“, um 120000 DM zu „sparen“. Die Philharmoniker des „Maestro Celibidache“ erhalten dagegen ohne jede Diskussion im Stadtrat auch im Jahr 1992 die üblichen 25 Millionen DM Grundförderung ungeteilt ...

Wenn Armut nicht „in“ ist, so ist sie doch da — und zwar stärker denn je. Auch im 27. Stadtteil Milbertshofen-Hart. Nach Rarnersdorf-Perlach liegt er in der Armutsdichte mit über 11000 Armen an zweiter Stelle unter den Münchener Stadtbezirken — 20 % über dem städtischen Durchschnitt ... Der Gesundheitszustand vieler Kinder ist erschreckend, von regelmäßiger Ernährung kann häufig nicht mehr die Rede sein ...

Nicht zu Unrecht weist die Stadt bei jeder Gelegenheit auf den leeren Stadtsäckel und die politische Verantwortung des Bundes und des Freistaates hin. Schön und gut, aber entschieden zu wenig. Den Obdachlosen und Armen in dieser Stadt können vom zuständigen Sozialreferenten nicht nur ständig Beeteuerungen angeboten werden, daß er die Probleme zwar sehe, aber auch nichts machen könne. Wer keine Sozialwohnungen bauen oder preiswerten Wohnraum erhalten kann, muß bei 18 Grad minus wenigstens die städtischen Bunker öffnen, Container aufstellen und Aufenthaltsräume bereitstellen. Wer nicht bereit oder in der Lage ist, die Lebenshaltungskosten in München auch für die Bezieher einfacher und mittlerer Einkommen erschwinglich zu gestalten, der muß in ganz anderem Maßstab eine kommunale Sozialpolitik aufbauen und darf nicht dem Rotstiftidioten des Kämmerers folgen. Vor allem müssen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit in einem ganz grundlegenden Sinne für die Probleme der Armut sensibilisiert und motiviert werden. Was in dieser Hinsicht bisher geschehen ist, reicht bei weitem nicht aus und erfüllt nur den Tatbestand der organisierten Untätigkeit und Verantwortungslosigkeit ...

In ungerüster Fassung ist diese Stellungnahme erhältlich beim Sozialpolitischen Forum, Postfach 830944, 8000 München 83.

In der letzten Ausgabe hatten wir über die Pläne der Sicherheitsbehörden berichtet, einzelne politische Gefangene womöglich unter Bedingungen freizulassen, um Widersprüche in den Reihen des Staatsapparats über die Behandlung der Gefangenen und Kritik aus dem Ausland an dem unmenschlichen Umgang von BRD-Behörden mit politischen Gefangenen zu dämpfen. Im folgenden dokumentieren wir Stellungnahmen und Erklärungen zu diesen Überlegungen und zur Situation der Gefangenen.

Quelle: Angehörigen-Info 84 und 85 — (rül)

Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

Wir Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD haben uns am 12. 1. 92 getroffen und zum ersten Mal gemeinsam über die öffentliche Diskussion zur Freilassung einiger Gefangener aus RAF und Widerstand gesprochen.

Wir sind bisher zu folgenden Ergebnissen gekommen.

Seit Jahren gehen wir Angehörige und Freunde der politischen Gefangenen in die Öffentlichkeit und werden immer wieder dafür kriminalisiert, was jetzt unumwunden vom Staat selbst zugegeben wird:

Es gibt seit 1970 politische Gefangene aus der RAF und dem Widerstand, die Sonderhaftbedingungen unterworfen sind. Es gibt Haftunfähige unter ihnen.

Zu einigen von ihnen gibt es jetzt Überlegungen der Bundesregierung, sie freizulassen. In der Debatte wird jetzt wieder der Anschein des „Besonderen“ geschürt. Die Wahrheit ist:

Bernd Rößner ist schon 17 Jahre im Gefängnis und seit Jahren haftunfähig.

Claudia Wannersdorfer hat inzwischen sieben von acht Jahren Strafe hinter sich und ist ebenfalls seit langem haftunfähig.

Günter Sonnenberg wurde vor 15 Jahren inhaftiert und ist von Anfang an prozeß- und haftunfähig gewesen.

Es geht demnach nicht um „Großzügigkeit“, sondern nach sämtlichen innerstaatlichen Rechtsgrundsätzen und internationalen Menschenrechtsnormen müssen sie freigelassen werden bzw. hätten sie nie inhaftiert werden dürfen.

Außerdem gibt es zwei weitere Haftunfähige:

Isabel Jacob, die trotz schwerer Krankheit inhaftiert wurde, und Ali Jansen, der wegen seines schweren Asthma haftunfähig ist.

Natürlich würden wir uns darüber freuen, wenn die haftunfähigen Gefangenen freikommen und darüber hinaus weitere Gefangene, wie es jetzt ebenfalls öffentlich diskutiert wird — natürlich mit der Haltung unserer Mandanten zu

betr.: Freilassung der politischen Gefangenen

ohne ihre eigene Identität und Geschicht zu verraten. Irgendeine Großzügigkeit des Staates können wir aber auch hier nicht sehen.

Sie sprechen auch nicht von allen politischen Gefangenen und von den Verschärfungen, wie wir sie derzeit erleben.

Sie reden nicht von den Prozessen, die sie aufgrund von gekauften Kronzeugen-Aussagen gegen Sieglinde Hofmann, Ingrid Jacobsmeier, Rolf-Clemens Wagner und Christian Klar vorhaben. Ingrid käme nächstes Sieglinde in drei Jahren raus. Sie alle sollen auf immer und ewig hinter den Mauern verschwinden.

Sie reden nicht davon, daß durch die damit verbundenen Verlegungen einem großen Teil der Gefangenen die wenigen Möglichkeiten, zusammen zu sein, genommen werden.

Sie reden nicht davon, daß die jahrelange Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung schon wieder kriminalisiert wird. Seit einigen Monaten laufen u. a. auch gegen einige von uns wegen unserer Zeitung, dem Angehörigen-Info, Ermittlungsverfahren nach § 129 a.

Aber wir reden davon!

Und davon, daß seit 20 Jahren gegen alle politischen Gefangenen Isolation angewandt wird. Daß die Forderung nach Zusammenlegung nie erfüllt wurde und daß deshalb inzwischen alle Gefangenen krank sind und ihre Gesundheit auf Dauer zerstört ist.

Wenn der Staat also jetzt erwägt, einzelne Gefangene rauszulassen, sagen wir: Alle müssen raus.

Sie müssen raus, und zwar jetzt und unbedingt.

Die Angehörigen der politischen Gefangen in der BRD

Pressemitteilung der Rechtsanwältinnen

Hannover, 18. Januar 1992 zu den Zeitungsmeldungen in den letzten Tagen (FR, Welt, taz vom 15. 1., Stern vom 16. 1.), „führende Köpfe“ der RAF-Gefangenen würden in der Entlassungsfrage Druck auf die anderen Gefangenen ausüben:

Die Meldungen zu unseren namentlich genannten Mandantinnen und Mandanten Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Eva Haule und Helmut Pohl sind frei erfunden. Sie haben nichts in dieser Richtung gesagt und geschrieben. Was die Meldungen widerspiegeln, hat nichts mit der Haltung unserer Mandanten zu

möglichen Entlassungen zu tun. Das ist „Feindbild“-Propaganda.

Die Idee, Gefangene sollten länger als erzwungen im Gefängnis bleiben, um eine „Knastfront“ zu erhalten, ist für die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand völlig grotesk. Wir wissen, daß das mit der Realität nichts zu tun hat, denn wir kennen die Gefangenen seit vielen Jahren.

Die Gefangenen wollen sich noch zu dem gesamten Komplex äußern. Wegen der realen Haftbedingungen ist das nicht von einem auf den anderen Tag möglich.

Rechtsanwältin Anke Brenneke-Eggers, Rechtsanwältin Heike Krause, Rechtsanwältin Renate Trobitzsch

Für die Anwältinnen: Trobitzsch

Resolution des PDS-Landesparteitages für die Freilassung von Bernd Rößner

Auf dem Landesparteitag der PDS Berlin am 26. 1. 92 wurde auf Antrag der Palästinagruppe Westberlin folgende Erklärung mit einem Mehrheitsbeschluß verabschiedet:

Freilassung von Bernd Rößner!

Bernd Rößner ist seit fast 17 Jahren politischer Gefangener in der BRD.

Er ist einer von fünf haftunfähigen Gefangenen aus der RAF, der am längsten der permanenten, systematischen Isolationshaft unterliegt.

Im April 1975 bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm wurde er nach dem Tod von Holger Meins bei einem fünfmonatigen Hungerstreik ge-

gen die Isolationshaftbedingungen 1974/75 festgenommen (die Forderung war die Freilassung von 26 politischen Gefangenen in der BRD).

Auftretende Krankheiten, wie massive Konzentrationsstörungen, Wahrnehmungsstörungen, Hautkrankheiten und andere physische Symptome, sind nicht im üblichen medizinischen Kontext zu behandeln, weil ihre Ursachen in seinen Lebensbedingungen im Gefängnis liegen.

Bernd Rößner muß sofort freigelassen werden, ohne den dafür geforderten Preis des „Abschwörens und öffentlicher Reue“ bezahlen zu müssen.

Berlin, den 26. 1. 1992

Der Landesparteitag der PDS

Brief der „UNO-Gruppe gegen die Isolationshaft in der BRD“

16. 1. 1992

Die Bundesregierung begründet ihre Absicht, acht Gefangene aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand freizulassen, mit dem Argument, diese Gefangenen sollten behandelt werden wie alle anderen Gefangenen auch.

Die genannte Gruppe von Gefangenen wurde und wird jedoch, seit es sie gibt, d. h. seit 1970, einheitlich einer systematischen Sonderbehandlung unterworfen, die durch zahlreiche Sondergesetze abgesichert wird. Ihre Haftsituation ist nach wie vor durch die Verhinderung oder Einschränkung der Kommunikation mit anderen Gefangenen und mit Angehörigen und Freunden „draußen“ sowie die Beschneidung von Verteidi-

gungsrechten gekennzeichnet. Diese Isolation, einschließlich der Kleingruppenisolation in Hochsicherheitstrakten, führt, wie seit langem wissenschaftlich belegt, zu schweren gesundheitlichen Schäden bei allen betroffenen Gefangenen. Geringe Haftverbesserungen müssen sich die Gefangenen immer erst durch Hungerstreiks erkämpfen.

Die in der BRD praktizierte Isolationshaft verstößt gegen das Verbot der unmenschlichen Behandlung von Gefangenen gemäß Art. 7 der UN-Pakte über bürgerliche und politische Rechte, zu dessen Einhaltung die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet ist. Die Isolationshaft ist eine Menschenrechtsverletzung, für die die Bundesregierung sowie die Staatsschutzbehörden und die Justiz verantwortlich sind. Der UN-Menschenrechts-Ausschuß hat die Bundesregierung deshalb mehrfach (1978, 1986 und 1990) z. T. massiv kritisiert.

Wenn die Bundesregierung nun einige wenige, von ihr ausgewählte Gefangene freilassen, die übrigen jedoch weiter in Gefangenschaft halten will, versucht sie, die über zwanzigjährige Geschichte der Mißhandlung dieser Gruppe von Gefangenen aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit zu drängen und ihre Verantwortlichkeit dafür zu vertuschen.

Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung nur dadurch gerecht, daß sie alle betroffenen Gefangenen ohne Bedingung freiläßt.

Für die „UNO-Gruppe gegen die Isolationshaft in der BRD“
(gez. Wienke Zitzlaff)



Zur Neugliederung der Politischen Berichte

1. Die letzte Mitgliederversammlung des Nachrichtenverbandes niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen hat sich anhand des Berichts „Ergebnisse der AG Politische Berichte“ in Politische Berichte 25/91 mit der Neugliederung der Rubriken, insbesondere bezüglich des verkürzten Regionalteils, befaßt. Die Mitgliederversammlung hat uns beauftragt, die geäußerten Bedenken gegen eine Verkürzung des Regionalteils mitzuteilen.

2. Zunächst hätten wir es als laut Impressum der Politischen Berichte „Mitwirkende“ und insbesondere am nun geänderten Regionalteil interessiert für in Ordnung befunden, daß uns als Nachrainerverband nds. Betriebs- und Lokalzeitungen eine Einflußnahme auf die Gliederungsumstellung eingeräumt worden wäre, als noch was zu entscheiden war.

3. Die Politischen Berichte zeichnen sich unserer Kenntnis nach als einziges in der linken Zeitungslandschaft erscheinendes Blatt durch eine umfassende Einflußnahme örtlich und betrieblich getrennt arbeitender Leute durch Verfassen von Tatsachenmeldungen aus. Alle anderen Blätter halten es da mehr mit Kommentierungen, zu denen örtliche/betriebliche Vorkommnisse Anlaß geben. Zumeist geschieht dies dann noch durch zentrale Redakteure. Mit der Reduzierung des Regionalteils wird diese Art Verbindung der Autoren mit einem Zentralblatt schwächer. Die Lokalpresse ersetzt das unseres Erachtens nicht.

Die Vermittlung politischer Ereignisse

se und kritischer Reaktion aus getrennten Arbeitsbereichen wird ebenfalls durch Einräumung eines verminderten Platzes für die Berichterstattung schwächer. Die Fachzeitschriften wirken hier nicht dagegen, da die Leserschaft in der Regel ja gerade das Fach- und nicht das Nicht-Fachpublikum ist.

4. Die Anzahl der Meldungen im Regionalteil und die in der Summe dann beehrten Themen wirkte ebenfalls ein wenig als Korrektiv zum Fehlen ganzer Politikfelder in den Politischen Berichten, etwa die Steuerpolitik, die dann und wann „kommunal“ über „Gewerbe- steuermeldungen“ eingebettet wurde, die Wirtschaftspolitik zum Beispiel über Äußerungen von Konzernvertretern zu Anforderungen an die Infrastruktur usw. Wir befürchten hier das Heraufziehen einer Ausdünnung des in den Politischen Berichten verhandelten Themenpektrums.

5. Kurzum, wir hielten den Regionalteil für eine starke Seite an den Politischen Berichten. Für anscheinend auch hier in Mode kommende raumgreifende, essayistische Reflexionen mit wuchtigen Titeln und schmächtiger Analyse hingegen halten SOZ, Neues Deutschland und weitere doch ohnehin reichlich Platz vor.

Eine Überprüfung der neuen Gliederung ist für die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte angekündigt. Wir appellieren, diese Überprüfung ernsthaft vorzunehmen und wollten dabei mit vorab geschilderten Argumenten unterstützen.

Stellungnahme, im Auftrag: — (gka, rec)

Regierungskrise in Thüringen: Interview mit Dr. D. Strützel (PDS)

Das folgende Telefoninterview mit Dr. Dieter Strützel, Stellvertreter der Landesvorsitzenden der PDS in Thüringen, wurde am 28. Januar geführt. — (rül)

Frage: Die CDU-geführte Landesregierung von Thüringen ist in einer tiefen Krise. Was ist aus Sicht der PDS der Grund für diese Regierungskrise?

Dr. Strützel: Die Thüringer CDU macht nur in verschärfter Form die allgemeine Krise der CDU-Vereinigungs- politik durch. Sicher ist hier der Kampf zwischen Reformen und Blockflöten besonders ungezügelt. Sicher fehlen Josef Duchac Führungsqualitäten. Sicher ist er durch seine Erpressbarkeit ein wenig geeigneter Ministerpräsident gewesen. Sicher hat sich die Thüringer CDU etwa im Vergleich zur sächsischen besonders eng an das Bonner Konzept gehalten, zum Beispiel die konservativen Lösungen im Bildungswesen, den Verzicht auf eine echte Industrialisierungspolitik, die Illusion, mit Tourismus und Handel ein Land sanieren zu können. Aber all das sind nur verschärfende Faktoren.

Die grundsätzlichen Probleme sind in Thüringen die aller fünf neuen Bundesländer: Für eine Verlängerung der Industrie- und Wohlstandsgesellschaft der alten BRD sind die ungenützten Kapazitäten in den alten Bundesländern völlig hinreichend. Gerade die zukunftssträchtigen Unternehmen in Thüringen wurden als unbedeutsame Konkurrenten ausgeschaltet. Geblieben ist eine schon die DDR tödlich belastende, völlig veraltete Industriestruktur, die noch dazu in unmittelbarer Grenznähe von Franken und Hessen noch einmal verdoppelt vorliegt, nur eben moderner ausgerüstet und mit

moderinem Marketing versehen. Die jetzt auch von Nürnberg zugegebene Tatsache, daß 50 % der Arbeitsplätze die Umstrukturierung nicht überleben, ist in vielen Thüringer Regionen schon heute Tatsache, kaum verdeckt von ABM- und Umschulungsprojekten, für die die Mittel vorzeitig zu Ende gehen.

Die neuen Bundesländer sind eben zu gespitzte Risikogesellschaften, denen durch ihre Ressourcen-Armut die eigenen Mittel zur Überwindung der Risiken fehlen und die nun im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum zur Last für die gesamte deutsche Gesellschaft werden. Da die CDU dies nicht zugeben will und in guter SED-Manier glaubt, man müsse den Leuten nur erzählen, daß man die richtige Politik hat, werden die Chancen zunehmend geringer, statt besser. Ich glaube nicht, daß Bernhard Vogel ein Mann ist, der die Kraft zur Wende zur Wahrheit hat. Daß die CDU mit der Entscheidung für Bernhard Vogel erneut ein Wahlversprechen bricht: „Ein Thüringer für Thüringen“, und den Kurs der Vernichtung des Selbstbewußtseins der hiesigen Bevölkerung fortführt, verschärft die Krise zunehmend.

Frage: Die SPD fordert Neuwahlen, die Regierungsparteien wollen diese vermeiden. Wofür tritt die PDS ein?

Dr. Strützel: Wir halten es für bedeutsam, der CDU die Legitimation mit dem unter ganz anderen Prämissen erfolgten Wählervotum der 90er Wahlen zu nehmen. Auf der anderen Seite übersehen wir nicht, daß Neuwahlen die Lösung der brennenden Fragen weiter hinausschieben und sie vor allem zum Gegenstand machtpolitischer Profilierungen

der Parteien werden läßt. Neue Versprechungen, neue Verdrängungen, neue nicht zu realisierende Hoffnungen wären die Folge. Deshalb erscheint uns der vernünftigste Weg, die Bildung einer Regierung aus kompetenten Persönlichkeiten, die sich möglichst unabhängig von den Macht- und Profilierungssinteressen der politischen Parteien der Lösung der schwierigen Fragen zuwenden kann, für die ja zugegebenermaßen keiner in Deutschland gegenwärtig eine Lösung weiß. Wir nehmen aber an, daß die FDP die Gunst der Stunde nutzen wird und sowohl von der CDU, die keine Wahlniederlage will — und eine solche wäre ziemlich wahrscheinlich — erpreßt, die bisherige Ignorierung der FDP-Positionen aufzugeben. Die gleiche Haltung kann sie jederzeit gegenüber der SPD einnehmen, die bisher ja auch mit keinem alternativen Programm für Thüringen aufgetreten ist. Ein Wahlkampf würden die die Linke-Liste-PDS tragenden Organisationen zweifellos in der gegenwärtigen Situation vor viele Probleme stellen. Aber wir rechnen auch damit, daß in der Öffentlichkeit eines Wahlkampfs auch die sonst ja weitgehend an den Rand gedrängten Überlegungen und Vorschläge der nicht etablierten Parteien besser gehörten. Aber wie gesagt, ich sehe Neuwahlen noch nicht. Die drei großen Parteien werden sich so oder so arrangieren. Übrigens hatte die Fraktion Linke Liste PDS schon Anfang des Jahres den Rücktritt der Regierung gefordert, nur ist sie ja für einen Mißtrauensantrag zu klein. Die anderen Oppositionsparteien wollen damals diesen Weg nicht mitgehen.

Am 18. Januar fand das dritte Seminar sozialistischer Organisationen aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein statt. Erörtert wurde u.a., angeregt durch eine Debatte über Ursachen des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“ auf dem zweiten Seminar im Oktober, „Begriff und Bedeutung der (individuellen Arbeits-)Leistung in der sozialistischen Diskussion und Praxis“. Die einleitenden Referate dieses Themenkomplexes werden im folgenden abgedruckt. — (scc)

Die Krise der realsozialistischen Länder sei der Beweis, daß der Sozialismus nicht „leistungsfähig“ sei. Die Apologeten der kapitalistischen Gesellschaft werden nicht müde zu behaupten, daß historisch jetzt der Beweis erbracht sei, daß einzig und allein kapitalistisches Wirtschaften Aussicht auf Erfolg habe.

Eine moderne „Leistungsgesellschaft“ sei im Westen entstanden, erfolgreich aufblühend, Endpunkt der historischen Entwicklung — eine Alternative zum kapitalistischen Wirtschaften sei zum Scheitern verurteilt.

In der Diskussion heute sollen nicht die außenwirtschaftlichen Beziehungen der kapitalistischen Länder interessieren, sondern die inneren Beziehungen. Hier besteht der Kernpunkt kapitalistischer Propaganda in folgendem:

Eine Planwirtschaft, in der gesetzliche soziale Standards eine allgemeine, für jedes Mitglied der Gesellschaft geltende soziale Sicherheit garantieren, ist nicht „leistungsfähig“, weil die Mitglieder der Gesellschaft nicht durch eigene Leistung ihre soziale Sicherung erarbeiten, sondern die Gesellschaft jedem dies garantiert. Die Folge: Der Sozialismus stirbt an der angeborenen Faulheit des Menschen.

Gemeint sind mit dieser Propaganda nicht nur die realsozialistischen Länder,

Begriff und Bedeutung der „Leistung“ in der sozialistischen Diskussion und Praxis

sondern alle Forderungen der Arbeiterbewegung nach kollektiver Sicherheit, nach Mindeststandards, die für jedes Mitglied der Gesellschaft gelten. Gemeint ist das gesellschaftliche Bewußtsein über die Notwendigkeit kollektiver Regeln, weil durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit gegenseitige Abhängigkeit besteht und die eigenen Interessen nur in Anerkennung der Interessen anderer und gesellschaftlicher Interessen verwirklicht werden können. Gemeint ist, was die Arbeiterbewegung gemeinhin unter Solidarität aus Einsicht in Interessen versteht.

Die Kapitalisten wollen diese Ideologie zerstören und die Herrschaft der kapitalistischen Leistungsgesellschaft allgemein machen. Alle Poren der Gesellschaft sollen ihre Ideologie ausströmen und ihren Prinzipien gehorchen.

Worin besteht nun die kapitalistische Leistungsideologie? Dazu einige Gesichtspunkte.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. „Leistung“ wird gefordert zum Zweck der Vergrößerung des Mehrwerts, und es wird auch nur dies als „Leistung“ anerkannt, was der Profitproduktion nützt. Wir haben keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß dies auch heute noch so ist — eher schon besteht Anlaß, in den Reihen der revolutionären Sozialisten die Kritik an der kapitalistischen „Leistungsgesellschaft“ zu überprüfen. Soziale Fragen hatten bei den Linken in Westdeutschland noch nie Hochkonjunktur — eine gewisse „Akzeptanz“ der Leistungsgesellschaft dagegen findet heutzutage Eingang in „linke“ Theorien. Manchmal fragt man sich schon, ob denn nicht die kapitalistische

Ausbeutung doch irgendwie erträglich ist?

In dem Betrieb, in dem ich arbeite, erregt sich Ende 1991 folgende Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung. Die Geschäftsführung will zum Ende des Jahres eine Prämie zahlen. Der Betriebsrat verlangt, daß die Prämie als fester Betrag für alle gleich ausgezahlt wird. Die Geschäftsführung will einen Prozentbetrag — 20 % des Einkommens. Die Begründung: Die Prämien sollen nach Leistung gezahlt werden. Auf die Frage, wie die Geschäftsführung denn Leistung messen wolle und worin denn der Unterschied in der Leistung zwischen einem Schichtarbeiter, der Tag und Nacht dafür sorgt, daß Aluminium produziert wird, und dem Personalchef, der kranke Schichtarbeiter entlassen will, bestehe? — antwortete die Geschäftsführung: Leistung erkenne man an der Höhe des Gehalts.

Man kann darüber schmunzeln, aber es steckt viel Wahrheit in dieser Begründung über die kapitalistische Leistungsgesellschaft. Wer ein hohes Einkommen hat, der hat es auch verdient, wer ein niedriges hat, der hat es auch nicht anders verdient. Die Anhäufung von Wohlstand und Reichtum begründet sich durch sich selbst, sie ist schon für sich genommen eine gesellschaftlich anerkannte Leistung — und umgekehrt.

Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital erscheint in unserer Gesellschaft nicht einfach als Gegensatz von arm und reich. Es ist den Kapitalisten gelungen, im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine verzweigte Hierarchie der Einkommen aufzubauen, die von arm bis reich zahllose Stufen enthält.

Es ist das traurige Verdienst sozialdemokratischer Lohnpolitik, daß dieses

System noch den Anschein der Gerechtigkeit erhalten hat. Verschiedene sogenannte objektive Lohnfindungssysteme überdecken die Tatsache, daß der Wert der Ware Arbeitskraft in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verteilt und festgelegt werden muß. Lohndifferenzen spiegeln meist eher das Interesse der Kapitalisten an Lohndifferenzierung nach ihnen genehmen Kriterien wider, aber nicht einen unterschiedlichen Wert der Arbeitskraft. Je mehr der Standpunkt aus der gewerkschaftlichen Diskussion verschwunden ist, daß mit der Lohnpolitik der Wert der Arbeitskraft verteidigt wird, desto stärker halten Einzug die Lohndifferenzierung und der Anschein einer Gerechtigkeit der Differenzierung.

Die Unterdrückung der Kritik an der kapitalistischen Leistungsgesellschaft und die Aufzucht von Apologeten dieser Leistungshierarchie bis in die Gewerkschaften hinein wären ohne Ausbeutung der Arbeiter aus dem Ausland nicht möglich gewesen.

Zahllose Beschäftigungsverhältnisse, in denen die Arbeitskraft weit unter Wert bezahlt werden kann und Arbeitsbedingungen, die den allgemein durchgesetzten gesellschaftlichen Standard unterlaufen, gehören mittlerweile zu den Voraussetzungen dieser Gesellschaft. Die jahrelange Vernutzung von Menschen aus dem Ausland haben ein Ausmaß erreicht, das die Ausbeutung von Zwangsarbeitern in Faschismus in gewissem Sinn noch überbietet. Die Apologeten der Leistungsgesellschaft übersehen dies geflissentlich. Sie entwickeln gar Theorien, daß körperlich schwere Arbeit verschwindet und die Qualifikation und Motivation das entscheidende Merkmal der Arbeitsbedingungen wür-

den. Wahr ist daran nur, daß über diese Verhältnisse keiner mehr spricht und daß die Menschen, die ihnen unterworfen sind (eben meist Arbeiter aus dem Ausland) sich jahrelang nicht wehren konnten und es auch heute noch schwer haben, ihre Kritik zu formulieren. Die Kapitalisten haben bewiesen, daß sie Menschen ausbeuten wollen und können, die nicht schreiben und lesen können und es auch nicht brauchen.

Reichtum setzt Armut voraus. Dies kennzeichnet der Leistungsgesellschaft wird immer deutlicher. Kapitalistische „Leistungsgerechtigkeit“ hat inzwischen, durch konservative Politik noch gefördert, Einzug in alle Bereiche gehalten. Sämtliche Versicherungsleistungen wie Rente, Krankengeld und Arbeitslosengeld sind „leistungsabhängig“. Die Gerechtigkeit der kapitalistischen Leistungsgesellschaft setzt sich bis zum Tode fort.

Die Leistung eines Menschen ist nicht durch objektive, außerhalb des Menschen stehende Kriterien meß- und bestimmbar. Es sind immer gesellschaftliche Übereinkünfte, welche die Unterschiede ausmachen und verfestigen. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das die Auseinandersetzung um den Wert der Arbeitskraft. In der sozialistischen Gesellschaft müssen andere Übereinkünfte getroffen werden. Unsere Wertvorstellungen gewinnen wir aus der Kritik der kapitalistischen Leistungsgesellschaft, ihrer Wert- und Moralvorstellungen, aus der Kritik an der Zerstörung und Vergeudung menschlicher Fähigkeiten durch kapitalistisches Arbeiten und Wirtschaften, nicht durch eine reformerische Kopie.

— (gut, BWK, Hamburg)

Thesen zum Leistungsbegriff und Leistungsprinzip im „realen“ Sozialismus der DDR

Die höheren Arbeitsproduktivität über den Sieg eines Gesellschaftssystems entscheidet.

— In diesem Sinne wurde ausschließlich extensiv gedacht. Nur in einzelnen Bereichen, vor allem mit begrenzten Rohstoffen, wurde zur intensiven Nutzung

übergegangen.

— Im Sinne der Arbeiterklasse wurde kapitalistische Ausbeutung durch freiwillige Leistung zum Wohle der Allgemeinheit und des Volkes ersetzt.

— Es mußte jedoch zur Kenntnis genommen werden, daß freiwillige Leistung auch stimuliert werden muß, leistungsfördernde Lohnformen, die Hennecke-Aktivisten-Bewegung, der sozialistische Wettbewerb usw. entstanden.

— Die Wirtschaftskraft der jungen DDR war jedoch dem totalen Ausverkauf, den wachsenden Bedürfnissen unter Beachtung der Beispielwirkung der BRD, der zunehmenden Unzufriedenheit und den Auswirkungen des kalten Krieges in keiner Weise gewachsen.

cherei im Sinne „Alles für das Wohl des Volkes, für das Wohl der Arbeiterklasse“, wirtschaftlicher Druck sowohl von kapitalistischer als auch von sozialistischer Seite, Proportionalitätsprobleme usw. entgegen.

— Der sozialistische Wettbewerb wurde immer mehr zu einem statistischen Zahlenspiel, einerseits zum Beruhigen und Schönfärbeln vor Arbeitern, Angestellten und Leitungen. Andererseits wurde dort, wo konkrete Zahlen nicht zu vermeiden waren, ein starker administrativer Druck, ohne Berücksichtigung der sich in der Regel verschlechternden Randbedingungen, ausgeübt.

— Gleichzeitig wurde immer stärker von individuellen Leistungsforderungen zu

ringung der Effektivität bei gleichzeitig höherem Druck auf die konkret Leistenden.

— Die wirtschaftliche Situation erlaubte dabei nur in Einzelfällen die bessere Befriedigung von Bedürfnissen. Die weit aus meisten Mittel mußten in solche Großprojekte wie den Wohnungsbau gesteckt werden. Für Leute mit Wohnungen entstand die Situation der Stagnation in der Bedürfnisbefriedigung. Hochwertige Konsumgüter waren entweder nicht vorhanden, wesentlich überpreist oder nur für Westgold zu haben.

— Dem Vorbild der Bedürfnisbefriedigung der kapitalistischen Länder konnten keine akzeptablen Alternativen entgegengesetzt werden. Es entstand die Notwendigkeit, die „Erfolgschaften des Sozialismus“ propagandistisch aufzuwerten. Dies führte zur weiteren Negierung selbst tatsächlich vorhandener Erfolge und Erfolgschaften.

— Die wirtschaftliche Situation des RGW, die immer höhere Effektivität einer Reihe kapitalistischer Länder, die eigenen Probleme mit der Effektivität und der notwendige Einstieg in solche Großprojekte wie Mikroelektronik erzeugten einen immer höheren Leistungsdruck, welcher administrativ durchgesetzt wurde.

— Die zu diesem Zeitpunkt auch wieder einsetzende Förderung der individuellen Leistung konnte aber nicht adäquat belohnt werden. Es entstand zusammen mit anderen Faktoren der Eindruck der Ausbeutung.

— Damit waren in allen Bevölkerungsschichten große Differenzen, Interessenkonflikte und nicht mehr zu lösende Widersprüche entstanden. Bedürfnisorientierte Leistungsträger sahen bessere Möglichkeiten im Kapitalismus. Ausreichend Befriedigte sahen Probleme in der demokratischen Mitwirkung, Verwendung der Umwelt, in der geistig-kulturellen Enge oder anderem. Sozialistisch orientierte Leistungsträger sahen sich ebenfalls den administrativen, leistungshemmenden Faktoren nicht mehr gewachsen.

Die Politik der SED hatte auch hier zu Widersprüchen geführt, deren Lösung nur Veränderungen im Gesamtstaat bringen konnten. — (Karl H., PDS Rostock)

ArGe Konkrete Demokratie — soziale Befreiung

lädt ein:

Treffen in Friedrichroda am Samstag/Sonntag, den 8./9. Februar

Ort: Heim der Eisenbahner, Hauptstraße

Anreise ab Sa. 17.00 Uhr / Abreise ab So. 14.30 Uhr

Tagungsablauf:

Samstag, 20.00 Uhr

Diskussionsrunde zum Thema:

Liefert die kritische Theorie vom kommunikativen Handeln Nutzanwendungen für marxistische Politik?

Einleitungsvortrag aus der ArGe

Sonntag, 9.00 Uhr

Diskussion im Plenum

Partei von Unten / Politik von Unten / Politik im Bündnis

Die PDS nach dem 2. Parteitag. Organisatorische Struktur, politische Schwerpunkte und linke Zusammenarbeit. Einleitungsvortrag aus der PDS Thüringen

Sonntag, 12.30 Uhr
Ost/West-Zusammenarbeit. Feststellung absehbarer Arbeitsvorhaben. Erweiterung der ArGe für überregionale Zusammenarbeit. Konzept für die Weiterführung des „Rundbrief“ ...

Interessierte können sich anmelden bei:

ArGe c/o PDS Gera, Amtorstraße 2, D-6500 Gera

Telefon: 037-70-623 2601 Fax: 037-70-231 80

ArGe c/o GNN-Verlag, Holzstraße 2, D-8000 München 5

Telefon: 089/2603840 Fax: 089/2603513

Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung werden ca. 60 DM pro Person betragen. Sie werden an Ort und Stelle beglichen.



Die behinderten Menschen im Anschlußgebiet machen bittere Erfahrungen. Ihre großen individuellen Leistungen im Beruf gelten in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft nichts. Bild: Demonstration von Behinderten vor dem Rathaus in Suhl.

— Eine Reihe politischer Maßnahmen und letztendlich vor allem der Mauerbau brachten die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Effektivitätsentwicklung in der Wirtschaft.

— Höhere Leistungen, vor allem der Arbeiter, konnten jetzt auch in einer „immer bessere“ Befriedigung der Bedürfnisse“ umgesetzt werden.

— Dieses sich entwickelnden Klima der Leistungsförderung standen aber zunehmender politischer Druck, Gleichma-

kollektiven Leistungsforderungen übergegangen. Dies bewirkte nicht nur die Unterforderung der Leistungsstärksten mit den entsprechenden Folgen, sondern auch, obwohl entgegen der Zielsetzung, die Nichtförderung von Leistungsschwächen.

— Der immer stärkere Ausbau politischer, gesellschaftlicher und administrativer Bereiche und deren immer größere Einflußmöglichkeiten auf die Betriebe führten zur weiteren Verrin-

Am 14. Januar demonstrierten mehrere hundert Beschäftigte in Bonn. Folgende Erklärung wurde von Betriebs- und Personalräten aus ost- und westdeutschen hochschulfreien Forschungseinrichtungen verfaßt und an Bundesminister Riesenhuber gerichtet:

„Die Bundesregierung und der Bundesminister für Forschung und Technologie fügen der öffentlich finanzierten Forschung, die für die ökologische und soziale Zukunftsgestaltung unseres Landes von sehr großer Bedeutung ist, schweren Schaden zu.“

Anstatt das durch die Vereinigung vergrößerte Forschungspotential für den Ausbau einer zukunftsfähigen gesamtdeutschen Forschung zu nutzen und die ostdeutschen Forschungseinrichtungen sozialverträglich umzugestalten, wird ein Kahlschlag vorgenommen. Alte Regierungskonzepte zum Abbau staatlicher Forschung werden aktiviert, die Pro-Kopf-Aufwendungen für staatliche Forschung weiter drastisch gesenkt und Marktkräfte zur Lösung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben beschworen. Die Auswirkungen dieser Politik sind:

— Massenentlassungen von zehntausenden Beschäftigten in den ostdeutschen Forschungseinrichtungen, selbst die Finanzierung von Sozialplänen wird verweigert.

— Reduzierung der Stellenzahl in den öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer weit unter die Quote, die in der alten Bundesrepublik für notwendig angesehen wurde.

— Schwerwiegende dauerhafte Mittel- und Personalkürzungen in den Großforschungseinrichtungen der alten Bundesländer...

— Existenzbedrohung derjenigen Großforschungseinrichtungen in den alten Bundesländern, die technologieorientierte Vorsorgeforschung betreiben.

Forschungsbeschäftigte gegen Kahlschlagpolitik der Bundesregierung

Das alles steht in eklatantem Widerspruch zum wachsenden Forschungsbedarf in den Bereichen Umwelt, ökologische Wirkungsforschung, Gesundheitsvorsorge, Arbeitsschutz, Friedensforschung und Konversion...

Die Vorlaufforschung für dazu notwendige Technologieentwicklungen nicht mehr in überwiegend vom Bund finanzierten Großforschungseinrichtungen zu fördern, sondern die Industrie direkt betreiben zu lassen, wie das aus einem Bericht des Forschungsministers vom Sept. 91 hervorgeht, ist ein schwerwiegender Fehler. Die Industrie richtet ihre Forschung und Entwicklung marktorientiert nach betriebswirtschaftlichen Zielen aus und vernachlässigt daher volkswirtschaftliche und ökologische Erfordernisse sowie öffentliche Interessen. Die Folge wird sein, daß entscheidende Entwicklungen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie zur Gestaltung einer sozial- und umweltverträglichen Industriegesellschaft unterbleiben...

Die Schlußfolgerung aus dem Ge nannten ist, daß es nicht im öffentlichen Interesse liegt und von uns entschieden abgelehnt wird, wenn Großforschungseinrichtungen der alten Bundesländer drastisch geschrumpft werden und in den neuen Bundesländern lediglich drei kleine „Großforschungseinrichtungen“ gebildet werden. Letzteres muß als Vereinigungs-Alibi angesehen werden. Mit dem real praktizierten Kahlschlag wird den neuen Bundesländern die Zukunft weggenommen. Behauptungen, daß die nötigen Haushaltssmittel nicht mehr aufzubringen seien, werden durch ständige Wiederholungen nicht richtiger. Die Mittel für die Weiterbeschäftigung des

ostdeutschen Forschungspersonals sind zu einem guten Teil vorhanden, weil der Etat des Arbeitsministers durch Einsparung der Arbeitslosengelder entlastet wird. Zusätzliche Mittel können durch den Verzicht auf Rüstungsgüter und den Abbau der Subventionen für die Großindustrie bereitgestellt werden...

... wir fordern von der Bundesregierung:

— Rücknahme der Kürzungen und Erhöhung des Forschungsetats um 2 Mrd. DM, damit die staatlichen Pro-Kopf-Aufwendungen für die Forschung zumindest auf dem früheren Niveau gehalten und die Gesamtstellen für die öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern auf das gleiche Verhältnis gebracht werden (z. B. für die Großforschung 5000 statt der geplanten 1050 Stellen), mit dem

Ziel, den vorgenannten Forschungsbedarf bewältigen zu können.

— Bereitstellung eines Überbrückungshaushalts für das Jahr 1992 als Sofortmaßnahme zur vorläufigen Weiterbeschäftigung des ostdeutschen Forschungspersonals, um den unwiederbringlichen Verlust von wertvollem know-how abzuwenden. Uneingeschränkte Anwendung aller arbeits- und sozialrechtlichen Schutzvorschriften der Bundesrepublik. Diese Forderungen bleiben auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. 12. 91 zur arbeitsvertragsrechtlichen Auslegung des Einigungsvertrags auf der Tagesordnung.

— Zusätzliche Finanzierung von 1000 zweckgebundenen Stellen in den Großforschungseinrichtungen der alten Bundesländer (ca. 5 % der Personalstellen)

zur Förderung der Fort- und Weiterbildung der wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter aus Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften.

— Neubestimmung der Forschungspolitik mit dem Ziel der Gestaltung einer sozial- und umweltverträglichen Industriegesellschaft. Bei der Festlegung und Begleitung der Forschungsprogramme sind neue Beteiligungsformen für gesellschaftliche Verantwortungs- und Bedarfsträger wie Parlamentarier, Umwelt- und Berufsverbände und Gewerkschaften einzuführen.

Wir appellieren an die Bundestagsabgeordneten aller Parteien, der Kahlschlagspolitik der Bundesregierung und des Bundesforschungsministers entgegenzutreten und rasch wirksame Alternativen durchzusetzen.

Nachdem Abgeordnete aller Fraktionen im Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung mit unseren Forderungen übereinstimmen bzw. deren Berechtigung anerkennen, sollte in dieser elementaren Frage die Bildung einer parteiübergreifenden Parlamentarier-Initiative möglich sein.

Wir appellieren an die Parteien und Verantwortlichen in den Bundesländern, Korrekturmaßnahmen zu beschließen und den Beschlüssen nötigenfalls über den Bundesrat Geltung zu verschaffen. Denn mit der Existenzbedrohung bzw. der völlig unzureichenden Fortführung der öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen geht auch der Verlust eines regionalen wirtschaftlichen Innovationsfaktors und des Forschungsangebots für im öffentlichen Interesse liegende regionale Problemlösungen einher...“ — (har)



Bild: sta

Demo gegen Lehrerentlassungen

Über 20 000 Bürger aus ganz Sachsen kamen nach Dresden

dem gemessen werden, was sie sagen, und sollten das bei ihren Äußerungen bedenken. Daß sie dies jedoch häufig vergessen, zeigen nicht zuletzt die jüngsten Aussagen führender CDU-Politiker, die in fataler Weise an SED-Zeiten erinnern.

Zwei Beispiele dazu aus den vergangenen Tagen:

Daß die sächsische Kultusministerin, Frau Rehm, die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger, die im permanenten Bildungsabbau große Gefahren sehen, und durch den im Haushalt '92 vorgesehenen Abbau auf 35 000 Lehrerstellen stark beunruhigt sind, einfach abqualifiziert, kann kaum mehr verwundern. Wer durch eigenes Versagen derart in der Kritik steht wie Frau Rehm, versucht bekanntlich häufig, sich durch Rundumschläge Luft zu verschaffen. Für sie sind die besorgten Stimmen

,schlicht falsch und nur dazu angetan, in unverantwortlicher Art und Weise Unruhe an den Schulen zu stiften'. (Pressemitteilung 06/92 vom 11. Januar 1992)

Frau Honecker hätte auf Kritik an ihrer „Politik“ sicher ähnlich reagiert. Doch damit nicht genug:

Völlig ungefragt und bar jeder Sachkompetenz für dieses Gebiet meldet sich wenige Tage später — denn eine Demonstration gegen sächsische Bildungspolitik steht ins Haus — Fritz Hähle zu Wort. Der binnen weniger Monate zum Ersten Stellvertreter der CDU Sachsen aufgestiegene Landtagsabgeordnete will Schaden vom Freistaat und seinem Landesvertreter Biedenkopf abwenden. Hähles Pressemitteilung vom 16. Januar zeigt deutlich, wes Geistes Kind der Verfasser ist.

Natürlich gehöre die Demonstrations-

freiheit zu den demokratischen Grundrechten, heißt es in der Erklärung. Aber es scheint Herrn Hähle doch fraglich, ob es den Organisatoren wirklich darum geht, daß wegen des angeblichen Kahlschlags bei den Lehrerstellen kein Unterricht ausfällt.

Nach der Unterstellung folgt der drohende Zeigefinger gegen die, die da ihr Grundrecht wahrnehmen wollen: „Nach Recht und Gesetz gilt allgemeine Schulpflicht.“ Unterrichtsfreie Tage lege die Ministerin fest. Das gilt den Schülern. Doch auch die Pädagogen bekommen ihr Fett ab: Es ist „nicht in das Belieben eines Lehrers gestellt, ob er Unterricht hält oder nicht, zumal wenn er dem nächst gar Beamter werden will“. Wer die Macht hat...

Da es sich um eine gut organisierte Demonstration handelt, wird die Veranstaltung gleich mit „Massenaufmä-

men“ verglichen. „Geldgeber sind die einschlägigen Gewerkschaften“, heißt es dann weiter. Der Begriff „einschlägig“ war auch ein beliebter Terminus der Stasi für unliebsame Oppositionelle.

Wie sich die Worte gleichen. Noch sind es Worte...

Das Beste hebt sich Herr Hähle dann zum Schluß seiner Erklärung auf. Sein Ratschlag für die Kritiker der Regierungspolitik in Sachen Bildung: „Wer ... der sozialistischen Einheitsschule nachtraut, dem bleibt überlassen, seine Kinder in Kuba einschulen zu lassen.“ Zu DDR-Zeiten empfahlen die Regierenden den Andersdenkenden, sie sollen doch einen Ausreiseantrag stellen, wenn es ihnen hier nicht gefällt. Herr Hähle vermag Nörgler offenbar nicht einmal im Nachbarland zu ertragen, sondern wünscht sie nach Übersee.

Zumindest vielen Dank für diese Klarheit.

Es scheint so, als wäre noch mindestens eine weitere „Wende“ nötig, um derartiges Vokabular der Mächtigen ad acta zu legen. — (Andre Hahn)

men“. Entgegen offizieller Dementis in den Medien waren für ihn Organisationen wie ISOR (Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR) und die ominöse ODOM (über deren Existenz bisher kein Beweis erbracht werden konnte, das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin hat ein Wissen darüber definitiv verneint) eine Gefahr für die Existenz des Staates BRD. Scheinbar nebenbei waren für ihn die Existenz und Zielstellung der Kommunistischen Plattform in der PDS ausreichend Begründung, diese im Bundestag vertretene Partei als für den Verfassungsschutz beobachtungswert zu erklären.

Es war schon für einen aufruhrsamen und kritischen Zuhörer sehr lehrreich, welche logischen und politischen Kapiolen diese Führungskader von Geheimdiensten des neuen und mächtigen Deutschlands ganz bewußt vollziehen, um ihre alten antikommunistischen Klischees mit viel Wortgeprassel zu verkaufen, alle Lehren aus der Geschichte zu negieren und jeden Ansatz eines Ausbrechens aus den Gräben des kalten Krieges zu vermeiden. Alle demokratischen Kräfte und die Staaten des sich neu formierenden Europas werden gut beraten sein, diesen „Gralshütern der Demokratie“ in ihrem weiteren Tun sehr genau auf die Finger zu schauen.

— (Klaus Peters)

Nachrichtendienste im demokratischen Rechtsstaat?

ander, um die Notwendigkeit der Existenz und Tätigkeit ihrer Dienste zu begründen. Dabei mußten die alten Klischees der Verfassungsfeinde von links und rechts, einer weiteren militärischen Bedrohung der Bundesrepublik, der Gefahren aus Rüstungs- und Technologie transfer herhalten, und angeblich neue Aspekte wie Abwehr des internationalen Terrorismus und Drogenfahndung sollten zusätzliche Begründungen liefern.

Der Beweis für den demokratischen Charakter dieser Geheimdienste liegt nach Auffassung von Dr. Frisch in der Existenz eines parlamentarischen Kontrollgremiums, die zu geringe Wirksamkeit dieser Kontrolle nur darin, daß die Parlamentarier sich nicht genügend Zeit für diese Aufgabe nehmen. Hans Schwenke (MdA), bekannt durch sein Engagement für die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit, der als einziger mit konkreten Fragestellungen dem Thema der Diskussion gerecht wurde, entgegnete, daß doch damit nur die Konspiration auf ein weiteres handverlesenes Gremium ausgedehnt wird, das ausdrücklich zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet wird. Die Fragen aus

dem Auditorium, warum z. B. Abgeordneten der Fraktionen von AL oder der Grünen der Zugang zu diesen Kontrollgremien verwehrt wird, beantwortete Dr. Frisch gar nicht erst. Die in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen nach mehr Transparenz der Tätigkeit der Geheimdienste wurden verbal als berechtigt anerkannt. Der BND-Mann „interpretierte“ gleich einmal eine diesbezügliche Äußerung des neuen Geheimdienst-Koordinators im Bundeskanzleramt, Schmidbauer, daß dieser das doch gar nicht so gemeint habe, und der BfV-Vize erklärte, daß sein Amt nichts zu verbergen habe, man sich aber auch nicht voll entblättern dürfe. Im übrigen waren alle Vorkommnisse und Skandale im Zusammenhang mit seinem Amt (z. B. das sogenannte Celler Loch) sowieso von den Medien völlig falsch dargestellt oder sind einfach Lügen! Weitere Anfragen aus dem Publikum, die auf die personellen und inhaltlichen Wurzeln von BND und BfV in den Traditionen der faschistischen deutschen Geheimdienste zielen, wurden nur flüchtig beantwortet oder ignoriert. Die sehr emotionsgeladenen Äußerungen

Wer regiert in Rußland?

Die Sowjetunion besteht nicht mehr, ihre Staatsorgane haben die Arbeit eingestellt bzw. sie an die Organe der neu gebildeten Staaten übergeben. Die neue Revolution ist nach den Ideen der Reformer in vollem Gange. Die Macht im Lande hat praktisch jeder, der sie sich



Nach der Freigabe der Preise können sich viele, vor allem die alten Menschen, Lebensnotwendiges nicht mehr kaufen.

nimmt, nicht im Sinne der Verfügung über Atomwaffen, aber im Sinne des Überlebens.

Für die einfachen Leute auf der Straße sieht das so aus: Der Oberbürgermeister verfügt, ohne die Stadt-Duma von Moskau zu fragen, die Reprivatisierung der munizipalen und städtischen Handelsbetriebe, des Dienstleistungssektors und der Einrichtungen zur öffentlichen Speisung von Rentnern und anderen. Die Duma hebt die Verfügung wieder auf, der Bürgermeister legt sein Amt nieder.

Das Komitee des Obersten Sowjets der RSFSR (die es nicht mehr gibt) für die Belange der Frauen arbeitet einen Gesetzentwurf „über den Schutz der Mutter, des Vaters und des Kindes“ aus. Dieser Gesetzentwurf sieht die zwangsweise Sterilisation von Alkoholikern,

Drogensüchtigen und Geisteskranken vor. Die Grundlage eines solchen Gesetzentwurfes bildet die Überzeugung der Deputierten, daß bei dieser Personengruppe eine überdurchschnittlich hohe Geburtenrate anzutreffen ist, die zur Verschlechterung des Genfonds und demzufolge zur Degeneration der Nation führt.

Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR bricht heute buchstäblich zusammen. Es fehlt das Geld für alles. Es entsteht der Eindruck, als ob niemand mehr Ergebnisse braucht, die doch für ein besseres Leben unabdingbar sind. Kulturgüter wie Ikonen und andere Zeugnisse russischer Kulturgeschichte werden zu Geld gemacht. Die Kulturgüter werden aus den staatlichen Museen und Einrichtungen entwendet oder von Privatpersonen gekauft. Wer nicht bereit ist zu verkaufen, kann leicht ums Leben kommen, wie die *Iwessija* 287/91 im Zusammenhang mit dem Tod einer Rentnerin in Palech (bei Iwanowo) berichtet.

Die Freigabe der Preise hat zu einer galoppierenden Inflation geführt. Deshalb wird die Summe zur Gewährleistung des Existenzminimums ständig neu festgelegt. Anfang Dezember lag das rechnerische Minimum bei 320 Rubeln, das Einkommen im mittleren Staatsdienst bei 700 Rubeln. Tatsächlich waren 2000 Rubel nötig, um sich eini-

germaßen über die Runden zu retten. Der Preis für 1 kg Butter beträgt 120 Rubel. Ein Liter Benzin kostet immer noch 40 Kopeken (0,40 Rubel), dafür stehen 10 Rubel Strafe für einmal Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln an. In Moskau gibt es wieder Tallons (zu deutsch Marken) für alles. Tallons gab es auch nach dem Krieg, aber damals konnte man auch die Waren dafür bekommen. Heute werden zwar immer mehr Tallons (aus Vorsicht vor unkontrollierter Vermehrung in Frankreich gedruckt) ausgegeben, aber die Versorgung wird nicht besser, sondern schlechter. In Frankreich sollen 720 Arbeitskräfte in zwei Schichten beschäftigt sein, um die 2 Mrd. Tallons für Rußland zu drucken. Am Geld scheint es im Ernstfall nicht zu mangeln.

Der Vorsitzende der Barjansker staatlichen Steuerinspektion wollte auf Dienstreise in die USA. Er bekam keine Genehmigung, da das Geld fehlte. Er beschaffte es aus der Kristallfabrik Djatkov für die Streichung eines Teiles der Umsatzsteuer. Eine Revision ergab, daß auf diese Weise in den letzten neun Monaten 2,7 Mio. Rubel den Besitzer wechselten. Nüchtern betrachtet, ziehen in Rußland wieder Verhältnisse ein, zu deren Veränderung die Revolution 1917 ausbrach. Es ist schon erstaunlich zu hören, daß das erst der Anfang der Reformen ist. — (Mischa)



Die bürgerlichen Medien im Westen spekulieren über Hungerrevolten in den Städten. Mit Armut und Not für viele wächst aber auch der Luxus einer winzigen Minderheit.

Dokumentiert: Gedanken zur Auflösung der Sowjetunion

VerantwortungsträgerInnen in der PDS: Demokratie, Sicherheit, Gewaltfreiheit sind unteilbar!

Die UnterzeichnerInnen äußern in folgendem ihre ersten Gedanken zur Auflösung der Sowjetunion. Diese Gedanken sind sicher unvollkommen und können sich als falsch erweisen. Es sind persönliche Gedanken von VerantwortungsträgerInnen in der PDS des Freistaates Sachsen, die anderen vielleicht beim Weiterdenken behilflich sein können.

Neun Jahre vor Ende des Jahrhunderts ist mit der endgültigen Auflösung der Sowjetunion jener Staat aus der Geschichte ausgeschieden, der wesentlich dieses Jahrhundert prägte. Für viele, die von einer solidarischen, gerechten und ausbeutungsfreien Gesellschaft träumten, war die Sowjetunion nicht nur der Inbegriff des Weges dorthin, sondern auch des bereits erreichten Ziels. Die Geschichte lügt aber nicht: Es war offensichtlich nicht der richtige Weg und deshalb konnte auch das Ziel nicht erreicht werden.

Dennoch ehren wir in diesem Moment ganz besonders jene Millionen, ja Milliarden Menschen, die, die mit der Geschichte der Sowjetunion verbunden, schwer und millionenfach oft unerbittlich bis zum Tode gelebt wurden: Es sind jene, die ohne Rücksicht auf sich selbst die Utopie Wirklichkeit werden

lassen wollten; es sind jene, die den Vertrag am einzelnen und an der einzelnen ertrugen, um der vermeintlich höheren Sache willen, die selbst schon lange vertraten war; es sind auch jene, die den Irrweg erkannten und sich entgegenstellten. Sofern sie unter uns leben, haben sie Platz in unserer Partei. Wir brauchen ihre Erfahrungen — nicht zuletzt auch, um darüber hinausdenken zu können.

Historiker, nicht nur Politiker müssen jedoch aufdecken, wie weit das 1917 Begonnene an seinen eigenen inneren Bedingungen scheitern mußte und wie weit äußerer Druck, der vom Anfang bis zum Ende bestand und der im faschistischen Überfall auf die Sowjetunion seinen Höhepunkt fand, eine Entwicklung ermöglichte und beförderte, die sich sehr schnell von den Wurzeln entfernte und pervertierte.

Das Ende des Staates Sowjetunion war wohl lange besiegelt durch das Ende des „real existierenden Sozialismus“. Dieses Ende — wenn es auch notwendigerweise eintrat — ist aber sicher nicht das „jammervolle Ende einer irdischen Heilslehre“, wie die *Welt am Sonntag* unlängst meinte. Die Träume bleiben, sie bleiben um so mehr notwendig, als immer offensichtlicher wird, daß der Kapitalismus Probleme, Widersprüche und Katastrophen hervorbringt, die er selbst nicht lösen kann, die aber die Existenz der Menschheit bereits unmittelbar gefährden. Ein Modell, das für den relativen Wohlstand eines guten Fünf-

tels der Menschheit fast vier Fünftel der verfügbaren Ressourcen verbraucht, Dreiviertel aller Menschen hungern läßt und aus ihren Ländern treibt, kann ganz sicher kein vernünftiges Modell für unseren Globus sein.

Wir in der PDS sollten mit allen anderen Menschen, die diese Einsicht teilen, nach neuen Wegen suchen: für eine Welt, in der Solidarität zumindest genau so wie Wettbewerb Triebkraft der Entwicklung ist; für eine Welt ökologischer Vernunft; für eine sozial gerechte Welt; für eine herrschaftsfreie Welt, in der die Verantwortung, nicht Macht demokratisch verteilt wird; für eine Welt, in der Gewalt und Töten geächtet sind.

Mancher und manche mag meinen, das Abkommen von Alma Ata sei so verfassungswidrig wie der Putsch des Sommers. Gorbatschows Widerstand könnte als Beweis dafür gelten. Dennoch sehen wir sehr deutlich den Unterschied zwischen illegitimer Gewalt und der Überzeugung demokratisch gewählter Präsidenten. Im Interesse der gesamten Menschheit liegt der friedliche und gewaltfreie Weg zu neuen Formen des Zusammenlebens der vielen Völker der ehemaligen Sowjetunion. Für die großen Völker scheint er begonnen, die kleinen dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Demokratie, Sicherheit und Gewaltfreiheit sind unteilbar!

Prof. Peter Porsch, Beate Roch, Dr. Christel Hartinger, Martin Harnack, Bernd Rump

Kurz berichtet

„Grüne Woche“: Proteste von Forstleuten und Bauern

Berlin. Ihre Ankündigung wahr gemacht haben mehrere hundert Forstleute aus Brandenburg und anderen ostdeutschen Ländern. Sie demonstrierten am 16.1. anlässlich der offiziellen Eröffnung der Grünen Woche. Nach Angaben der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GLF) sind etwa 5000 Forstleute aus den ehemals staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben Brandenburgs ohne Aussicht auf Umschulung, Qualifizierung oder Abfindung, da Landwirtschaftsminister Zimmermann einen Sozialplan nicht unterzeichnet. Am darauffolgenden Tag, dem 17.1., nutzten Bauern aus ehemaligen LPGs die Gelegenheit, öffentlich auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Sie kritisierten die EG-Preispolitik und forderten staatliche Hilfen.

Laut Bundesernährungsminister Kiechle sind fast 135000 Beschäftigte aus der Land- und Forstwirtschaft in den Vorrhestand abgeschoben worden. — (har)

Charité: Widerstand gegen Bettentkürzung

Berlin. Der Berliner Senat hat die beiden Uniklinika der Freien Universität sowie die Charité der Humboldt-Universität aufgefordert, ein Konzept zur Streichung von 1000 Betten bis 1995 sowie über Einsparungen beim jährlichen Landeszuschuß für Lehre und Forschung in Höhe von 70 Mio. DM vorzulegen. Pläne des Senats nennen als Zielgröße für jedes Klinikum 1350 Betten — wodurch die Hauptstreichungen auf die Charité entfallen würden (zur Zeit 2050 Betten), während das Klinikum Steglitz (1340 Betten) völlig verschont würde. Der Dekan der Charité, Harald Mau, kündigte „Renitenz“ gegen diese Absichten an. Ein Vergleich mit Steglitz sei nicht möglich, weil dort u. a. die Abteilungen Orthopädie und Psychiatrie fehlten. Eine Bettentkürzung in der Charité auf 1600 Betten sei durch Verkürzung der Liegezeiten möglich. Dies war die Bettentzahl, die der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten zur Hochschulmedizin der ehemaligen DDR vom Oktober 1991 vorschlagen hatte. An diese Größe werde sich die Charité halten, nicht aber an die Vorgabe von 1350 Betten, die allein vom Finanzsenator aus Einsparungsgründen erfolgt sei.

Quelle: *Tagesspiegel*, 17.1.1992 und 10.1.1991 — (wjjw)

Zerschlagung der Polikliniken in Ostberlin

Berlin. Von den 17000 Beschäftigten, die 1990 in den Polikliniken in Ostberlin tätig waren, waren Anfang Dezember 1991 noch 6148 übrig. Von den restlichen rd. 10000 haben sich nur etwa 1000 als Ärzte in Ostberlin niedergelassen. Die Gesundheitsverwaltung des Se-

nats will 15 Polikliniken mit 700 bis 800 Beschäftigten in Landesträgerschaft weiterführen, in denen meist niedergelassene und angestellte Ärzte zusammenarbeiten sollen, wobei nur über 50jährige Ärzte Angestellte bleiben dürfen. Gesundheitssenator Peter Luther (CDU) erklärte, darüber hinaus könne „jede wirtschaftlich arbeitenden Einrichtung“ weiterarbeiten: „Wir stehen da, Polikliniken zu unterstützen, nur Zuschüsse dürfen sie nicht erwarten.“ Quelle: *Tagesspiegel*, 13.12.1991 und 18.1.1992 — (wjjw)

Auch Azubis werden zu Ost-West-Pendlern

Nicht nur 450000 Lohnabhängige sind mittlerweile nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit zu ständigen Pendlern zwischen den alten und neuen Bundesländern geworden, auch immer mehr Auszubildende müssen sich diesem Zwang unterwerfen. Etwa ein Drittel der einen Ausbildungsplatz Suchenden habe eine Stelle im Westen angenommen, schätzt die IG Metall Küste. Nur dadurch sei die befürchtete Ausbildungskatastrophe in Ostdeutschland nicht eingetreten. — Umgekehrt können manche Ausbildungsberufe ihren Bedarf nur noch deshalb decken, weil so viele Jugendliche aus Ostdeutschland kommen. In Berlin sind beispielsweise in einigen Krankenpflegeschulen über 90 Prozent der Auszubildenden aus Ostberlin und Umland. — (har)

„Eine Stadt muß Olympia wollen“

Berlin. Dies sei ein wichtiges Kriterium für den Zuschlag, sagte ein IOC-Mitglied auf der Tagung im Herbst vergangenen Jahres; in Prozenten ausgedrückt erwartet man so um die 80 % Zustimmung. Und dies ist das Problem. Mehrere Umfragen in den vergangenen Monaten brachten zutage, daß Befürworter und Gegner sich so in etwa die Waage halten. Nachdem zuletzt die Zeitschrift *Sports* erfuhrte, daß 54 % der Westberliner und 33 % der Ostberliner gegen Olympia in Berlin sind, hat der Senat eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben. Das Emnid-Institut ging professioneller an die Umfrage heran. Es fragte nicht schlicht die Stimmen „für“ oder „gegen“ ab, sondern nach den Erwartungen. Aber die Skepsis sitzt tief bei den Berlinern: Die positiven Erwartungswerte (z. B. Ankurbelung der Wirtschaft, Verbesserung der Infrastruktur) wiegen die negativen mehr als auf (z. B. Berlin wird zur Großbaustelle, Anstieg der Lebenshaltungskosten). Und nur 2 % denken bei „Olympia“ als erstes an Völkerverständigung und friedlichem Wettkampf, während 8 % zuerst Verzerrung damit verbinden. Der neue (zweite) Olympia-Manager Axel Nawrocki, der seinen Olympia-Vorstellungen gern ein grün-ökologisches Image verpassen will, weiß nun also, wo er ansetzen muß. Bei einem Jahresgehalt von 360000 DM, darf man aber schließlich auch was erwarten. — (har)



Rund 5000 Chemiearbeiter — die IG Chemie hatte mit nur 1500 Teilnehmern gerechnet — demonstrierten am 18. Januar in Halle gegen die Politik der Treuhand, die kurz zuvor der Verkauf der Leuna-Raffinerie ohne die chemischen Bereiche bekanntgegeben hatte. Von den einstmals 27000 Beschäftigten in den Leuna-Werken hatte zu Beginn dieses Jahres gerade die Hälfte noch Arbeit dort. Die Vernichtung der Chemie-Industrie hätte die Verödung der ganzen Region zur Folge. Die demonstrierenden Chemiearbeiter, die die Rede des IG-Chemie-Vorsitzenden und Treuhand-Verwaltungsrat-Mitglieds Rappe mehrfach aufgebracht unterbrachen, forderten Arbeit und höheren Lohn. — (scc)

Der Zerfall Jugoslawiens, „dieses vor allem von Illusionen und Lügen zusammengesetzten Kunstgebildes“, sei nicht mehr aufzuhalten gewesen, schreibt die *Stuttgarter Zeitung* in einer ausführlicheren geschichtlichen Betrachtung am 25. Januar 1992. Ähnliche Einschätzungen sind seit Wochen im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens in der westdeutschen Presse zu finden.

Es wird wieder einmal großdeutsche Geschichte aufgearbeitet, wozu erneut die Länder des sogenannten Balkans gehören. Schließlich habe „der Zerfall dieser bis zuletzt so genannten Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien durchaus seine innere Logik“ stellt der Schreiber des Artikels in der *Stuttgarter Zeitung* weiter fest.

Einer, der wider diese Logik spricht, ist Peter Handke. In seiner Schrift *„Abschied des Träumers vom Neunten Land – Eine Wirklichkeit, die vergangen ist: Erinnerung an Slowenien“* zieht er aus seinen jahrzehntelangen Erfahrungen mit Slowenien und dessen Bevölkerung seine eigenen Schlüsse.

Er hält daran fest, daß es die Bedrängnis durch die Herrschaft erst der Österreicher, dann die der Deutschen war, die dem Staat Jugoslawien seine Legitimation gaben.

Peter Handke kennt Slowenien. „Das Land Slowenien und die zwei Millionen Köpfe des slowenischen Volks... betrachte ich als eine der wenigen Sachen, welche bei mir zusammengehören mit dem Beiwort mein; – Sache nicht meines Besitzes, sondern meines Lebens.“

Seine Mutter war Slowenin. Er ist geboren in einem österreichischen Dorf in Kärnten, dessen Einwohner mehrheitlich österreichisch-slowenischer Herkunft waren. Zeit seines Lebens ist er – oft als Wanderer – durch Slowenien gereist.

Die Bedeutung des „Neunten Landes“ ist seiner Erzählung „Die Wiederholung“ entnommen (siehe nebenstehenden Artikel). Für ihn ist es das Ziel gemeinsamer Sehnsüchte, das sogenhafte Land – in der slowenischen Sprache das neunte Land genannt.

Im „Abschied eines Träumers...“ beschreibt er die für ihn selbstverständliche große Einheit Jugoslawiens auch von ihrer historischen Seite: „Zwei Daten in diesem Jahrhundert waren es, welche, glaube ich, die so verschiedenen jugoslawischen Völker einigten und auf Dauer einigten müssten: ihr eher ungewöhnliches, für viele sogar entzückendes Zusammendenken 1918, mit dem Ende des Habsburgerreichs, erstmals in einem eigenen Reich, wo die einzelnen Länder keine schattenhaften Kolonien mehr, die einzelnen Sprachen kein Sklavengemunkel mehr zu sein brauchten; und im Zweiten Weltkrieg dann der gemeinschaftliche Kampf der Völker Jugoslawiens, auch der unterschiedlichen Parteien und der einander widersprechenden Weltanschauungen – ausgenommen fast nur die kroatischen Ustascha-Faschisten –, gegen

Peter Handke verteidigt Jugoslawien aus guten Gründen

das Großdeutschland.“

In mehreren Passagen begründet Handke die Notwendigkeit des jugoslawischen Staatenbundes gegen die österreichisch-habsburgerischen Ansprüche und gegen den an anderer Stelle genannten „Großbanditen Deutschland“.

Er schildert, wie die verschiedenen Völker in Jugoslawien ihre eigene Identität und Kultur bewahren und entwickeln konnten und weder das slowenische noch das kroatische Volk von Serben unterdrückt wurden.

Das eigenmächtige Abstimmen und Befinden über den Ausritt Kroatiens und Sloweniens aus dem Bundesstaat bezeichnet er als „Vertragsbruch“ und fragt nach dessen Rechtfertigung: „Und die, entsprechend der Bevölkerungszahl, serbische Übermacht in dem Staatsapparat Jugoslawien hat die kleine slowenische Teilrepublik zwar vielleicht hier und da schikaniert oder übervorteilt oder niedergeredet, aber doch, jedenfalls nicht daß ich wüßte, keinmal in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg gegen sie einen solchen Völkerrechtsbruch gesetzt, der es Slowenien erlaubte, von sich aus, wie es geschah, den historischen Staatsvertrag für nichtig geworden zu erklären.“

Man mag die Literatur Handkes mögen oder nicht. Für seine kleine Schrift kann man dankbar sein, weil er damit gegen den Strom der herrschenden Meinung – wie sie uns tagtäglich in den Zeitungen präsentiert wird – schwimmt. Das hat Beachtung gefunden und Diskussionen ausgelöst. In verschiedenen Pressereaktionen wurde ihm entweder Raum zur Erläuterung gegeben oder seine Position wurde verteuft, wie in der westdeutschen Presse.

Zu Wort kommen ließ ihn die österreichische Zeitung *Der Standard*. Dort erhielt er Gelegenheit, den chauvinistischen Katholizismus anzugreifen und an Karl Kraus zu erinnern, der zur Jahrhundertwende die österreichische „Serben-muß-sternen-Haltung“ angriff. Eine ähnliche Haltung befürchtet Handke wieder in Österreich.

Nach Berichten der norwegischen Zeitung *Klassekampen* haben einzelne slowenische Zeitschriften, wie *Nasi Razgledi* und *Delo*, über Handkes Schrift informiert, ihm auch recht gegeben und berichtet, daß es jetzt Klagen über das Begräbnis Jugoslawiens und der jugoslawischen Identität gebe.

Die Reaktionen in den westdeutschen Zeitungen waren weniger informativ, was den Handke-Text betrifft. Die oben schon erwähnte *Stuttgarter Zeitung* wirft ihm vor, wirklichkeitsfremd zu sein, wenn er den Slowenien kleinkarierten Nationalismus und Separatismus vorwerfe, und urteilt über ihn: „Wer nicht, gleichsam unter der Oberfläche



Erste Sitzung des Antifaschistischen Rats der Volksbefreiung Jugoslawiens am 26. November 1942 in Bihać

der Gegenwart, die Tiefen der Geschichte auslotet, wird nichts begreifen. ... Kein Wunder, daß dem Poeten (Handke) bei der

Ursachenforschung nichts anderes in den Sinn kommt als eine finstere Verschwörungstheorie. Der Zerfall sei herbeigeredet, er

sei von außen hineingetragen worden, meint Handke.“

Was der Schreiber als Ursache für den „Zerfall“ Jugoslawiens selbst an Thesen abgibt, ist so von der Vorstellung der Neuordnung Europas bestimmt, daß er habsburgischen und großdeutschen Tönen das Wort redet: Ursache sei die Zertrümmern der Völker auf dem Balkan, die nicht einmal Tito habe aufheben können. Tito habe gar eine kritische Aufräumung und Bewältigung der furchterregenden Vergangenheit der Völker auf dem Balkan verhindert.

In der *taz* kritisiert Christian Semler Handkes Buch. Er verwirft alles, woran Handke festhält und was dieser feststellt: die Notwendigkeit des jugoslawischen Staatenbundes, die Herrschaft Großdeutschlands... Und er ereifert sich: „Nicht mehr einen korrupten und unfähigen zentralen Apparat finanzieren zu wollen ist demnach moralisch verwerlich... Daß eine Idee sich an der Wirklichkeit blamieren, daß sich als human gedachte Projekte realisiert als menschenfeindlich herausstellen können, ist für diese Art von Essentialismus bedeutungslos.“ Des Weiteren läßt er sich besserwissen darüber aus, daß solchen Leuten wie Handke, die „im Jargon der Eigentlichkeit artikulieren“, gleichgültig sei, wie die Slowen lebten und welche Wünsche sie äußerten.

Jetzt müsse eine sinnvolle Diskussion über die Erhaltung der Eigenarten von Menschen, von Städten und von Landschaften „einer europäischen Region“ stattfinden.

Die Unterordnung der Regionen unter die große Idee vom europäischen Haus? Was das für die Eigenständigkeit einer solchen „Region“ bedeuten kann, hat Handke in seinem Buch angesprochen und ein zukünftiges Slowenien mit Andorra verglichen, „wo die kreuz und quer in die Pyrenäenfelsen gesprengten Geschäftsstraßen noch das letzte Stück Weite – dicht auf dicht eingegrenzt von gleichsam aus Manhattan als Verlängerung der Park- oder der Fifth Avenue in das Gebirge betoninjizierten Waren- und Bankmeilen –, und schon seit langem jeden Geschmack von Land, Gegend, Raum, Ort und Wirklichkeit erstickt haben...“

In der ausländischen Presse werden deutsche Interessen in einer „europäischen Region“ wie Slowenien deutlicher benannt. Nach *Le Monde diplomatique* z.B. stehen die deutschen Firmen Bayer, Hoechst, Siemens und AEG in Slowenien bereits in den Startlöchern.

Quellen: Peter Handke: *Abschied des Träumers vom Neunten Land*, Suhrkamp 1991, DM 19,80; *Stuttgarter Zeitung* vom 16. und 25. Januar 1992; *Klassekampen* vom 17. Januar 1992; *taz* vom 17. Dezember 1991 — (ccs)

Handkes Erlebnisse in Slowenien

Peter Handkes freundliche Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Slowenien ist nicht neu. Er hat sich öfter dazu geäußert. Sein 1986 veröffentlichtes Buch „Die Wiederholung“ handelt zum größten Teil von der Wanderung durch die Landschaften Sloweniens. Mit langem und teils auch schwachem Atem schildert die Hauptperson Felix Kobal seine Suche nach dem verschollenen Bruder, und entdeckt dabei sich selber als Erzähler. Hauptsächlich tragen Naturerlebnisse und aus der Erinnerung hervorgeholte, neu durchlebte Ereignisse dazu bei, so daß aus der Wiedergabe der Anschauung und aus der fixierten Vergangenheit die Erzählung entsteht.

In solche Erinnerungen eingebettet sind Episoden aus dem antifaschistischen Kampf der Slowenien. Er berichtet über die Tafeln, die in jedem Dorf darüber Auskunft geben, wo und wann sich hier die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus versammelt haben, und über einen Brunnen, in dem ein geheimer Sender versteckt war. Er beschließt für sich, ebenfalls Widerstand zu leisten. Er denkt über die Verwendung der Spra-

che nach. Anhand eines slowenischen Wörterbuchs, das den um die Jahrhundertwende gebräuchlichen Wortschatz enthält, stellt er fest, daß ein bestimmtes Wort damals nur „Auswanderung“ bedeutete, heute aber die weitere Bedeutung „Aussiedlung“ hat und so die Gewaltanwendung der Faschisten reflektiert. Seinen weiteren Spekulationen, ob dieses Wort „um seine Unschuld gekommen“ sei, können wir nicht folgen.

Nachts in einem Eisenbahntunnel stellt Kobal sich die Zwangsarbeiter vor, die den Tunnel bauen mußten, und Kobal leidet mit ihnen. In Konsequenz sieht er nach seiner Rückkehr die österreichischen Bürger seiner Umgebung kritisch an: „In dem Zwanzigjährigen lebte auf, wie in dieser Menge nicht wenige ihre Kreise zogen, die gefoltert und gemordet oder dazu wenigstens beifällig gelacht hatten, und deren Abkömmlinge das Althergebrachte so treu wie bedenkenlos fortführen würden.“

Er durchforstet auch den bedenkenlos gebrauchten Begriff „Volk“ und stellt ihn dar als zugehörig zur ihn erdrückenden österreichischen Staatsgewalt. „Das Volk, zuhause immer wie-

der von den einen zitiert, von den anderen beschworen: Im Karst entbehrt ich es nicht, fand auch vertriebenen König zu bestrauen...“ Er stellt fest, daß aus der Produktions- und Lebensweise der Menschen in den verstreuteten Dörfern der Karstlandschaft keine Gründe für Nationalismus oder eine starke Staatsgewalt abzuleiten sind. „Waren diese ein Volk? Slowenien oder Italiener zu sein, schien jedenfalls nicht ihr Hauptmerkmal. Doch zu einem Volk für sich waren die Karstleute, trotz der Größe ihres Gebiets und der hundert Dörfer, zu wenige...“

Zwar fehlten auch hier nicht die Tito-Porträts, aber mir war, als seien dort oben auf dem Plateau sowohl Staatsmacht wie politisches System bloße Formsachen; so spärlich und klein waren ja die Nutzflächen in dem Ödland, daß ein Kollektiv nicht einmal in Frage kam.“ Er beschreibt eine große Doline, in der viele einzelne Leute ihre Felder harken, alle nötigen Dinge zum Leben produzieren, also autark wirtschaften. Dieser Zustand erscheint ihm als Freiheit und Vorbild für andere. „Nirgendwo habe ich bisher ein Land getroffen, das mir, wie der Karst, ... als das Modell für

eine mögliche Zukunft erschien.“ Wie Indianer in der „Savanne der Freiheit“ vor der Vernichtung durch die Weißen oder wie Bewohner des märchenhaft glücklichen „Neunten Landes“ der slowenischen Sage kommen ihm die Menschen vor. Hier entsteht ein Widerspruch innerhalb der Erzählung, der von Handke nicht weiter behandelt wird. Sein Filip Kobal ist Häuslersohn aus Kärnten, der sich immer ungeschickt bei der bürgerlichen Arbeit angestellt hat, hier in Slowenien jedoch seine Angst davor verliert und einige Arbeiten verrichtet lernt.

In seiner Schwärmerie für das kleine bürgerliche Eigentum malt er sich jedoch eine Idylle aus, die für die hier lebenden Menschen nichts anderes bedeutet, als daß sie für immer zu dieser Art schweren körperlichen Arbeit verurteilt sein sollen und ihre schweren Verhältnisse dennoch als fast paradiesisch empfinden sollen.

Sicher sind diese Vorstellungen romantisch, aber Handke setzt sich doch deutlich ab von dem Freiheitsbegriff, der mit dem imperialistischen Herrschaftsanspruch Österreichs und Deutschlands verknüpft ist.

Peter Handke, *Die Wiederholung*, Frankfurt am Main 1986 — (anl)

Politischer Berichter

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der *Politischen Berichte* (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beliegen) zum Kennenlernen.

o Im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift:

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

Politischer Berichter

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis *Politischer Berichter*, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis *Politischer Berichter*: Hüseyin Celebi (über Kurdistan-Komitee), Hansaring 66, 5000 Köln 1, Christoph Corridas (über GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Dettjen (über GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über GNN, Holzstraße 2, 8000 München 6), Christiane Schneider (über GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschek (über Kommunalpolitisches Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über GNN, Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft *Politischer Berichter* mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/246915, Telefax: 0221/21 5373, Postfach: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144393609.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement *Politischer Berichter* kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement

ment *Politischer Berichter* 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM. Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzier; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Staschek; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband haden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront; AGM, das NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstgesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront; AGJ, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4900 Essen 1. — Beilage hinweis: Regelmäßig vierzehntäglich: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladresen:

GNN Verlagsgesellschaft *Politischer Berichter* mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz